

Kampagne
Stopp Air Base Ramstein



Widerstand gegen Militärbasen

**Beiträge zum internationalen Kongress
»Militärbasen und ihre geostrategische
Bedeutung für weltweite Kriege«**

Zusammengestellt von Karl-Heinz Peil

Mit der Unterstützung von:



Europäische LINKE

Impressum

Herausgeber: Kampagne „Stopp Air Base Ramstein“

Die Texte dieser Broschüre wurden auf Grundlage der beim Internationalen Kongress gegen Militärbasen am 8. und 9. September 2017 vorgestellten Beiträge, sowie mit weiteren Materialien erstellt. Die redaktionelle Bearbeitung und ggf. erforderliche Übersetzung englischer Texte erfolgte von Karl-Heinz Peil.

Redaktion: Reiner Braun, Pascal Luig, Volker Schmid, Karl-Heinz Peil

Die Broschüre kann als Druckfassung bestellt werden unter:

Stopp Ramstein Kampagne, Marienstr. 19/20, 10117 Berlin

oder per Mail an: info@ramstein-kampagne.eu

Zweite, korrigierte Auflage Februar 2018

Video-Mitschnitte des Kongresses

Diese sind auf YouTube und teilweise auch über die Homepage abrufbar

<https://www.ramstein-kampagne.eu/2017/10/internationaler-kongress-zu-militaerbasen-9-9-2017/>

<https://www.ramstein-kampagne.eu/2017/10/eroeffnungsbeitrag-fee-strieffler-und-wolfgang-jung/>

Inhaltsverzeichnis

Übersicht und Grundsatzfragen

Völkerrecht und Militärbasen am Beispiel von Ramstein <i>Von Otto Jäckel, IALANA Deutschland</i>	6
Friedensbewegung international vernetzt in Aktionen <i>von Reiner Braun, Co-Präsident IPB (International Peace Bureau)</i>	12
Koalition gegen ausländische Militärstützpunkte der USA <i>von Ann Wright, Veterans for Peace, CODEPINK (USA)</i>	16

Widerstand gegen Militärbasen in Deutschland

Militärbasen in Deutschland – Eine Übersicht <i>von Karl-Heinz Peil, Friedens- und Zukunftswerkstatt e.V., Frankfurt a.M.</i>	20
Kaiserslautern – Ramstein: Strategisch und operativ wichtigster US-Militärstandort weltweit <i>von Wolfgang Jung und Fee Stieffler, Kaiserslautern</i>	24
Büchel: Dauerpräsenz gegen US-Atomwaffen <i>von Marion Küpker, Kampagne „atomwaffenfrei.jetzt“</i>	30
EUCOM und AFRICOM: Kommandozentralen als Projektionsflächen für langjährigen Widerstand <i>von Karl-Heinz Peil, Friedens- und Zukunftswerkstatt e.V., Frankfurt a.M.</i>	32
Exzellenzzentrum der NATO: Kalkar/Uedem <i>von Bernhard Trautvetter, Essener Friedensforum</i>	36
Dülmen: Grenzüberschreitender Protest <i>von Michael Stiels-Glenn, Friedensfreunde Dülmen</i>	38

Widerstand gegen US-Militärbasen weltweit

Estland: NATO-Vorposten im neuen Kalten Krieg <i>von Kirill Kopp, Die Linke Estland</i>	40
Schweden: Trotz Neutralität ein US-Vasallenstaat? <i>von Agneta Norberg, Swedish Peace Council</i>	42
Cyberkrieg im Ostseeraum <i>von Dave Webb, CND (Bericht aus Schweden)</i>	44
Shannon: Militarisierung eines Zivilflughafens <i>von John Lannon, Shannonwatch (Irland)</i>	46
Menwith Hill: Keine Legitimation für illegale Abhörstationen <i>von Dave Webb, CND (Großbritannien)</i>	50
No MUOS – Sizilianische Friedens- und Umweltbewegung <i>Text von Aachener Friedenspreis 2017</i>	54
Okinawa: „Kein Korn Sand für den Krieg“ <i>von Ikuko Ueno, Secretary General of Nago City Peace Committee (Japan)</i>	58
Südkorea: Kampf für eine lebenswerte Umwelt <i>von Hohyun Choi, Vereinte Volkspartei PUP (Südkorea)</i>	62
Guantanamo: Koloniales Relikt und Foltergefängnis <i>Text von Netzwerk Cuba e.V.</i>	65
Ausländische Militärbasen als Quelle sexueller Ausbeutung <i>von Sian Jones, Women in Black (Großbritannien)</i>	68
Frauen Netzwerk: Sprachliche Entkolonialisierung der Solidarität <i>Texte von „The International Women’s Network against Militarism“</i>	70

Schlussbemerkungen

Zivilgesellschaftliche Visionen brauchen Kristallisationspunkte <i>von Karl-Heinz Peil, Friedens- und Zukunftswerkstatt e.V., Frankfurt a.M.</i>	72
---	----

Völkerrecht und Militärbasen am Beispiel von Ramstein

von Otto Jäckel, Vorsitzender IALANA Deutschland

Im Schnitt 28 zivile Todesopfer pro getöteter Zielperson



Otto Jäckel bei einer Veranstaltung von atomwaffenfrei.jetzt – Quelle: Flickr

Nach Untersuchungen der Organisation „Reprive“ kamen bereits in der Vergangenheit auf eine Zielperson, die von einer Hellfire Rakete von einer Drohne aus getroffen wurde, 28 unbeteiligte getötete Zivilpersonen. Nach Berichten der New York Times werden darüber hinaus nicht selten alle Männer im wehrfähigen Alter, die sich in einer definierten Zone mit Aktivitäten des bewaffneten Aufstands aufhalten, von CIA und US-Streitkräften umstandslos als feindliche

Kämpfer eingestuft. Von Drohnen aus werden dann sogenannte *signature strikes* ausgeführt, bei denen Zielpersonen allein wegen bestimmter Verhaltensweisen getötet werden, ohne dass man überhaupt weiß, um wen es sich dabei handelt.

Brandon Bryant, dem IALANA gemeinsam mit der Vereinigung Deutscher Wissenschaftler wegen seiner Enthüllungen der Abläufe im Drohnenkrieg den Whistleblowerpreis verliehen hat, berichtete im NSA-Untersuchungsausschuss vor dem Deutschen Bundestag, es seien z.B. zwei neuseeländische Staatsbürger durch Einsatz von Drohnen getötet worden, bei denen sich anschließend herausgestellt habe, dass sie lediglich als Lehrer tätig gewesen seien.



Screenshot Brandon Bryant, Quelle: YouTube

Welche Haltung hat die Bundesregierung zur Verstrickung von Ramstein in den globalen Drohnenkrieg?

Ende 2016 hat die Bundesregierung in einer Fragestunde des Deutschen Bundestages durch den Staatsminister im Auswärtigen Amt Michael Roth auf eine parlamentarische Anfrage eine brisante Antwort zur bedeutsamen Rolle der US-Airbase Ramstein im globalen US-Drohnenkrieg gegeben, mit der sie frühere eigene Auskünfte in einem wichtigen Punkt modifiziert hat.

Roth erklärte u.a., »die US-Seite« habe der Bundesregierung am 26.08.2016 mitgeteilt, dass »die globalen Kommunikationswege der USA zur Unterstützung unbemannter Luftfahrzeuge Fernmeldepräsenzpunkte auch in Deutschland einschließen, von denen aus die Signale weitergeleitet würden. Einsätze unbemannter Luftfahrzeuge würden von verschiedenen Standorten aus geflogen, unter Nutzung diverser Fernmelderelaischaltungen, von denen einige auch in Ramstein laufen würden.«

Die Bundesregierung vertraut dabei, so Staatsminister Roth, weiterhin auf »die Zusicherung der Vereinigten Staaten, dass Aktivitäten in US-Militärliegenschaften in Deutschland im Einklang mit dem geltenden Recht erfolgen.« Und StM Roth weiter: »Ich kann nicht generell von einem völkerrechtswidrigen Verhalten sprechen; wir können das nur auf den Einzelfall bezogen tun. Insofern kann ich darüber auch nichts sagen; denn ich vermag die Verantwortlichkeiten, die sich aus Ramstein heraus ergeben, nicht zu beurteilen.« Das heißt im Klartext: Die Bundesregierung schließt nicht aus, dass es in Einzelfällen zu rechtswidrigen Drohneneinsätzen unter Beteiligung der US-Einrichtungen in Ramstein kommt, vermag das aber nicht zu beurteilen, weil sie diese Einzelfälle nicht untersuchen will.

Welche Rechtsgrundlagen muss die Bundesregierung bei ihrem Vorgehen zwingend beachten?

1. Die aus Art. 20 Abs. 3 und Art. 25 GG folgende Bindung der Bundesregierung an Gesetz und Recht und an die Regeln des Völkerrechts verbietet es ihr, an Handlungen nichtdeutscher Hoheitsträger – also z.B. solcher der USA – auf deutschem Boden mitzuwirken, wenn diese gegen das Völkerrecht verstoßen. Nach der hierzu ergangenen Rechtsprechung beinhaltet dies z.B. die Versagung von Überflugrechten, wenn diese von ausländischen Streitkräften für völkerrechtswidrige Maßnahmen genutzt werden sollen.

2. Aus dem V. Haager Landkriegsabkommen von 18.10.1907, das sowohl die USA als auch Deutschland ratifiziert haben, hat ein nicht an einem bewaffneten Konflikt beteiligter Staat einzuschreiten, wenn eine Konfliktpartei sein Territorium für die Kriegsführung benutzt. Ansonsten verletzt er seine Neutralitätspflicht. Zur Unterbindung von Neutralitätspflichtverletzungen gehört danach auch ausdrücklich die Pflicht, zu verhindern, dass auf seinem Gebiet militärisch genutzte „*funkentelegraphische Einrichtungen*“ des kriegführenden Staats installiert werden. Die Bundesregierung hat somit zu verhindern, dass auf deutschem Territorium gelegene ausländische Militärbasen bei einem internationalen bewaffneten Konflikt in völkerrechtswidrige Militäreinsätze einbezogen werden.

3. Ferner wird nach der UN-Aggressionsresolution 3314 vom 14.12.1974 als Angriffshandlung im Sinne des Art. 39 der UN Charta angesehen: „die Handlung eines Staates, die in seiner Duldung besteht, dass sein Hoheitsgebiet, das er einem anderen Staat zur Verfügung gestellt hat, von diesem anderen Staat dazu benutzt wird, eine Angriffshandlung gegen einen dritten Staat zu begehen.«

Die Liegenschaften der US Air Base Ramstein sind kein exterritoriales Gebiet. Sie gehören zum deutschen Staatsterritorium und sind den US-Streitkräften »lediglich« auf unbestimmte Zeit entsprechend Art. 48 Abs. 2 i.V.m. Art. 53 Abs. 1 ZA-NTS »zur ausschließlichen Nutzung zu Verteidigungszwecken überlassen« worden. Gemäß Art. 53 Abs. 1 ZA-NTS gilt – und das dürfte manchen Angehörigen der US-Streitkräfte, die hier ihren Dienst verrichten, nur wenig bekannt sein – für die Benutzung dieser überlassenen Liegenschaften deutsches Recht, »soweit nicht in diesem Abkommen und in anderen internationalen Übereinkünften etwas anderes vorgesehen ist« und »sofern nicht die Organisation, die interne Funktionsweise und die Führung der Truppe und ihres zivilen Gefolges, ihrer Mitglieder und deren Angehöriger ... betroffen sind«.



Screenshot aus YouTube-Video von KenFM zur Ari Base Ramstein

Grundgesetzliches Verbot von Angriffskriegen wird missachtet!

In anderen Übereinkünften ist aber nichts anderes vorgesehen. Weder der NATO-Vertrag vom 04.04.1949 noch das NATO Truppenstatut (NTS) vom 19.06.1951 und das Zusatzabkommen zum NATO-Truppenstatut vom 03.08.1959 sehen eine Verpflichtung Deutschlands vor, die US-Streitkräfte bei der Nutzung von militärischen Liegenschaften zur Durchführung von Militäroperationen von der Beach-

tung deutschen Rechts freizustellen. Gleiches gilt hinsichtlich der Regelungen im sog. Aufenthaltsvertrag vom 23.10.1954 (BGBl. 1955 II, S. 253). Nach Art. II NTS sind die stationierten Truppen in Deutschland ohnehin generell verpflichtet, das Recht des Aufenthaltsstaates, also deutsches Recht, zu achten. Zu den durch die ausländischen Truppen in Deutschland zu beachtenden Rechtsvorschriften gehören im vorliegenden Zusammenhang namentlich das Verbot eines Angriffskrieges gem. Art. 26 GG sowie völkerrechtliche Bestimmungen zu militärischer Gewaltanwendung, wenn und soweit diese nach näherer Maßgabe von Art. 25 GG oder Art. 59 Abs. 2 GG Bestandteil des innerstaatlichen Rechts sind. Hierzu gehören das Unterscheidungsgebot in Art. 48 ZP I sowie die Regelungen in Art 57 des Zusatzprotokolls zu den Genfer Rot-Kreuz-Abkommen zum Schutz der Opfer bewaffneter Konflikte. Danach ist bei Kriegshandlungen stets darauf zu achten, dass die Zivilbevölkerung, zivile Personen und zivile Objekte verschont bleiben. Wer einen Angriff plant oder beschließt, hat von jedem Angriff Abstand zu nehmen, bei dem zu rechnen ist, dass er auch Verluste unter der Zivilbevölkerung, die Verwundung von Zivilpersonen, die Beschädigung ziviler Objekte oder mehrere derartige Folgen zusammen verursacht, die in keinem Verhältnis zum erwarteten konkreten und unmittelbaren militärischen Vorteil stehen. Außerdem dürfen einzelne als solche erkennbare Zivilpersonen nicht gezielt getötet werden, sofern und solange sie nicht unmittelbar an bewaffneten Kampfhandlungen teilnehmen, Art 51 Abs 2-3 ZP I.

Dies haben die US-Streitkräfte, wenn sie von deutschem Boden aus operieren, zu beachten. Hiergegen verstoßen die Drohnenangriffe der USA ständig. Die militärische Bekämpfung von Gegnern durch bewaffnete Drohnen ist allenfalls gegen Kombattanten in einem akut stattfindenden militärischen Gefecht zulässig. Dabei müssen die Zielpersonen durch ihre Bewaffnung klar als Kämpfer zu identifizieren sein.

Bewegt sich etwa ein afghanischer Bauer nach der Beteiligung an einer bewaffneten Aktion wieder als Zivilist auf seinem Feld oder im Dorf, gilt nur noch Polizeirecht. Das heißt, er kann für die Beteiligung an bewaffneten Aktionen strafrechtlich verfolgt und vor Gericht gestellt werden – in gleicher Weise, wie dies in Europa mit terroristischen Attentätern geschieht. Der überraschende und heimtückische Angriff durch eine bewaffnete Drohne ist in diesen Fällen nichts weiter als Lynchmord und keinesfalls durch ein UNO-Mandat wie etwa „Resolute Support“ in Afghanistan gedeckt.

Schließlich ist zu beachten, dass die US-Drohnenangriffe gegen Ziele in Pakistan, im Jemen und in Somalia gegen die territoriale Integrität dieser Zielstaaten verstoßen (Art. 2 Ziff. 4 UN-Charta). Es handelt sich in jedem Einzelfall um völkerrechtswidrige Aggressionen.

Über welche Handlungsoptionen verfügt die Bundesregierung?

Nach Art. 53 Abs. 3 ZA-NTS sind die US-Streitkräfte verpflichtet sicherzustellen, »dass die deutschen Behörden die zur Wahrnehmung deutscher Belange erforderlichen Maßnahmen innerhalb der Liegenschaft durchführen dürfen«.

Das gilt sowohl für die deutschen Behörden der Liegenschafts- und Vermögensverwaltung als auch etwa für das auf der US Air Base Ramstein eingerichtete Unterstützungskommando der Bundeswehr. Die Bundeswehr unterhält seit 1996 in Ramstein beim Oberbefehlshaber der US Air Force in Europa (USAFE) ein »Verbindungskommando der Bundesluftwaffe«, das unmittelbaren Zugang zum US-Kommandeur hat und seinerseits dem Inspekteur der Luftwaffe berichtet. Damit kann sie sich um alle für ihre Aufgabenwahrnehmung erforderlichen Informationen bemühen.

Dabei arbeiten die deutschen und die US-Stellen zusammen, wobei die Einzelheiten dieser Zusammenarbeit im Unterzeichnungsprotokoll (UP) festgelegt sind. Nach Abs. 4bis UP zu Art. 53 ZA-NTS haben die Behörden der US-Seite den zuständigen deutschen Behörden »jede angemessene Unterstützung, die zur Wahrnehmung der deutschen Belange erforderlich ist, einschließlich des Zutritts zu den Liegenschaften nach vorheriger Anmeldung« zu gewähren, »damit sie ihre Amtspflichten erfüllen können«.

Regelungen zur Kontrolle des Handelns der US-Streitkräfte in den ihnen überlassenen Liegenschaften können in entsprechenden Regierungsübereinkommen und Überlassungsvereinbarungen getroffen werden. Dabei hat die Bundesregierung darauf zu drängen, dass eine völkerrechtswidrige Nutzung der Liegenschaften ausgeschlossen wird. Die Nutzungsrechte der Air Base Ramstein sind nach Art. 53 Abs. 1 ZA-NTS lediglich auf die „*befriedigende Erfüllung ihrer Verteidigungspflichten*“ gerichtet. Die Führung völkerrechtlicher Aggressionen und Angriffe auf Zivilpersonen sind von diesem Nutzungszweck nicht gedeckt. Soweit es diesbezüglich zu Meinungsverschiedenheiten kommt, kann eine beratende Kommission zum Zweck der Schlichtung gebildet werden oder gemäß Art 82 Buchst. c) ZA-NTS eine Änderung des Zusatzabkommens vereinbart werden.

Stationierungsabkommen kündigen!

Scheitern solche Verhandlungen, kann Deutschland das Zusatzabkommen nach Art 81 Satz 2 ZA-NTS mit einer Frist von zwei Jahren kündigen.

Die Kündigungsmöglichkeit betrifft auch den Aufenthaltsvertrag von 1954, dessen automatisches Außerkrafttreten bei Abschluss eines Friedensvertrags vorgese-

hen war und der nach dem Abschluss des 2+4 Vertrags 1990 durch einen Notenwechsel unbefristet verlängert wurde.



Plakat von Kenny Hübner, das als Sieger aus dem Plakatwettbewerb 2017 hervorgegangen ist.

kleinen Museum über die dann vergangene Zeit des von Ramstein aus geführten Drohnenkrieges, einem Museum, das von den tausenden ehemaligen US-Soldaten, die hier Dienst getan haben, besucht wird – als jederzeit willkommene Touristen.

*Komplettfassung des Vortrages am 8.9.2017 in Kaiserslautern unter:
http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_16/LP15517_220917.pdf*

Der Drohnenkrieg von Ramstein aus muss von der Bundesregierung kontrolliert und – soweit die Aktionen über den Einsatz in einem militärischen Gefecht hinausgehen – unterbunden werden.

Lässt sich die Regierung der USA nicht auf eine solche Kontrolle ein, ist die Nutzung der Satellitenrelaisstation in Ramstein durch eine Nachverhandlung der Überlassungsvereinbarung auszuschließen. Lehnt die Regierung der USA dies ab, sind die Verträge, auf denen die Nutzung der Militärbasen der USA in Deutschland beruhen, zu kündigen und mehr als ein Vierteljahrhundert nach dem Abzug der russischen Truppen auch der Abzug der US-Amerikanischen Truppen aus Deutschland herbeizuführen.

Der Traum muss Wirklichkeit werden von der Konversion der Air Base Ramstein in eine zivile Nutzung mit einem

Friedensbewegung international vernetzt in Aktionen

von Reiner Braun, Co-Präsident des Internationalen Friedensbüros (IPB)

Netzwerk gegen Militärbasen erneuert



Reiner Braun beim International Peace Congress in Berlin, Oktober 2016, Foto: Bilal El Soussi

Friedensbewegungen waren schon immer international. Die ersten großen Friedenskongresse Ende des 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts – noch maßgeblich von Berta von Suttner mit gestaltet - waren internationale Friedensereignisse. Die Proteste und die Ablehnung gegen den herausziehenden ersten Weltkrieg zu Beginn des 20. Jahrhunderts waren international, ebenso wie der „Verrat“ an der Anti-Kriegsposition 1914 durch die Sozialdemokratie.

Ein Vorzeigebispiel für Internationalität ist sicher das 1891 gegründete, 1910 mit dem Nobelpreis ausgezeichnete *Internationale Friedensbüro* (IPB), das aktuell größte internationale Friedensnetzwerk.

Höhepunkt dieser Internationalität in letzter Zeit waren sicherlich:

- Die weltweiten Protestaktionen am 15.02.2003 gegen den bevorstehenden völkerrechtswidrigen Krieg der USA in und gegen den Irak mit mehr als 15. Millionen Demonstrierenden weltweit. Die New York Times sprach damals von der Friedensbewegung als „zweite Supermacht“.
- Die Verleihung des Friedensnobelpreises im Herbst 2017 an ICAN, ein weltweites Netzwerk, das den Preis für die vielfältigen, überall und immer wieder stattfindenden Aktionen gegen die Atomwaffen bekommen hat. Ohne die internationale Vernetzung und enge Kooperation

über alle Kontinente hinweg, hätte es auch niemals den Atomwaffenverbotsvertrag gegeben.

- Die internationalen Aktionen gegen die NATO, die seit 2009 maßgeblich durch das internationale Netzwerk *No to war – No to NATO* mit organisiert wurden. Die Aktionen im Mai 2017 in Brüssel waren quantitativ und qualitativ durchaus beeindruckend.

Diese Auflistung ist lange nicht vollständig, sie soll auch nur einen kleinen Einblick in die Internationalität der Friedensbewegung und der Friedensaktionen geben.

Die Internationalität, die internationale Zusammenarbeit und Solidarität sollten und müssen angesichts einer wahnwitzigen Aufrüstungs- und Konfrontationspolitik weiter ausgebaut und gestärkt werden. Das war eine wesentliche Überlegung für die internationale Konferenz gegen Militärbasen am 8. und 9. September 2017 in Kaiserslautern im Zusammenhang mit den Protestaktionen der Kampagne *Stopp Air-Base Ramstein 2017*. Ein Ergebnis dieser Konferenz ist die Initiative zur Reaktivierung des internationalen Netzwerkes gegen Militärbasen. Angesichts von etwa eintausend ausländischen Militärbasen in der Welt ist mehr Kooperation und Koordination notwendig, um deren Entwicklung und tägliche militaristische Praxis mit großen und kleinen Protestaktionen zu begleiten. Nur mit viel gegenseitiger Solidarität und Unterstützung können wir uns gegen eine gigantische weltweite Militärmaschinerie verschiedener Staaten, besonders aber der USA, wehren.

Wir wissen viel zu wenig über die Aktivitäten an den Militärbasen dieser Welt, über den täglichen Militarismus, die Kriege, die von dort ausgehen, aber auch über den Widerstand dagegen und die Repressionen, die viele der FriedensaktivistInnen erleiden müssen. Informations- und Erfahrungsaustausch ist eine wesentliche Aufgabe des Netzwerkes gegen Militärbasen.

Das bei dem Weltsozialforum 2004 gegründete, internationale Netzwerk gegen Militärbasen hatte eine erste Konferenz 2007 in Ecuador. Der damalige Präsident Ecuadors Correa erzwang 2009 den Abzug den US-Streitkräfte aus Ecuador, die US-Basis musste geschlossen wurde.

Wir versuchen jetzt, dieses internationale Netzwerk gegen Militärbasen zu reaktivieren, besser ist wohl zu sagen, neu zu gründen. Dies geht sicher nicht von heute auf morgen, aber in einem längeren Prozess scheint es möglich zu sein. Wir haben bereits viele positive Reaktionen aus vielen Teilen der Welt bekommen. Parallel dazu hat sich eine US-Koalition gegen US-Militärbasen im Ausland gebildet, die diesen Prozess sicherlich unterstützen wird.

Wir sind eine kleine Vorbereitungsgruppe mit Kolleginnen und Kollegen, aus Großbritannien, Irland, Schweden, Estland, Japan, Südkorea und Deutschland, die an dem internationalen Kongress während der Ramstein Aktionen teilgenommen haben. Dave Webb und Reiner Braun haben einen Entwurf für ein „Gründungsstatement“ entworfen:

Founding statement for the International Network against Military Bases

„The International Anti-Military Bases Network believes that the establishment of a military base by one country outside its own territory is an act of aggression. As such, they create a hostile environment, fuel fear and inflame antagonism.

We believe that peace and international security is best achieved by pursuing an approach of common security based on cooperation with neighbours, trust, understanding and diplomacy. Foreign military bases are not the form of ‘common security’ that we believe will work in the long term. They constitute a major threat to others, the environment and to world peace by threatening military action with its subsequent danger to citizens and destruction of the infrastructure and the environment.

While we also recognize that the United States has by far the highest number of military bases outside its territory and currently maintains over 800 military bases in other countries, we also recognise that others (such as the UK, France, Russia, China and the NATO military alliance) also rely on military bases to project and enlarge their power base.

Our goal is to close all foreign military bases. Military bases pose threats of political and economic expansion, sabotage and espionage, and crimes against local populations. U.S. bases in particular are the largest users of fossil fuel in the world, heavily contributing to environmental degradation and agree that the closure of U.S. and other foreign military bases is one of the first necessary steps toward a just, peaceful and sustainable world

We commit to supporting and working with all organizations and networks who campaign for the removal of foreign military bases in their countries and communities, to raise public awareness, increase political and international pressure and help as far as possible to organise and co-ordinate non-violent resistance with the aim of eventually closing them all.

We invite to join our network.”

Unsere menschliche Existenz ist in gleicher Weise von den synchron vorhandenen Herausforderungen Krieg und Klimawandel bedroht. Um unser Überleben zu sichern, müssen wir Wege zu globalem gegenseitigen Vertrauen, Dialog und Zusammenarbeit finden.

Die derzeit eskalierende Sicherheitsdebatte führt aber in die gegenteilige Richtung. Die festgefahrene Politik mit militärischen Aggressionen und Interventionen zur Bewältigung internationaler Probleme muss aufgegeben werden und alle ausländischen Militärstützpunkte sind zu schließen.

Es gibt ein wachsendes Bewusstsein für die Gefahren der globalen Militarisierung und einen zunehmenden Widerstand hiergegen, jedoch wird es eine große Kraftanstrengung durch internationale Zusammenarbeit von Zivilgesellschaft und verantwortlichen Politikern erfordern, damit wir die nächsten 50 Jahre überleben.

Dave Webb –
Vorsitzender der Campaign for Nuclear Disarmament (CND),
Großbritannien ¹

1 Im Original: The twin challenges of war and climate change threaten our very existence – to ensure our survival we must adopt ways of working globally through mutual trust and cooperation. The current rapidly changing security context requires a significant international dialogue which looks increasingly unlikely at this time. The current dependence on military aggression and intervention to address international problems must be abandoned and all foreign military bases closed. There is a growing awareness of the dangers of global militarisation and a growing resistance but it will require significant international co-operation between opposition groups and some courageous and inspirational world leaders to ensure that we survive the next 50 years or so.

Quelle: <https://yorkshirecnd.org.uk/dave-webbs-report-stockholm/>

USA: Koalition gegen ausländische Militärbasen

von Ann Wright, Veterans against War und CODEPINK

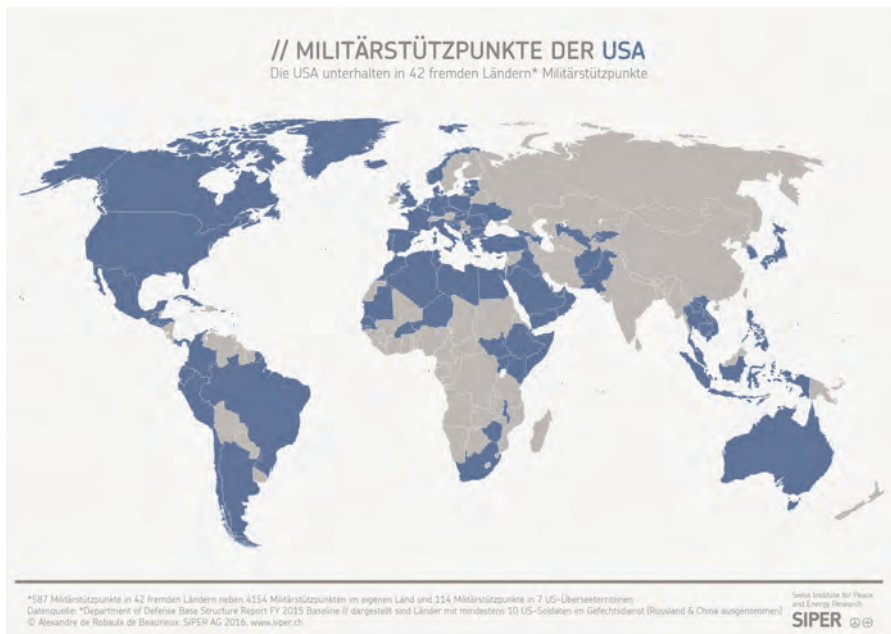


Foto: Thomas Altfather Good

Zu meiner Person: Ich bin pensionierter Colonel (Oberst) der US-Army und frühere US-Diplomatin. Im Jahr 2003 bin ich aus Protest gegen den Irak-Krieg nach insgesamt 29 Jahren Dienstzeit zurückgetreten. Seitdem arbeite ich weltweit mit Friedensgruppen zusammen.

Aktuell (am 9.9.2017) bin ich daran gehindert, an der Konferenz gegen Militärbasen in Kaiserslautern teilzunehmen, da ich in meiner Heimatstadt Houston aufgrund der Auswirkungen des kürzlichen Hurrikans meiner Familie beistehen muss für die notwendigen Aufräumarbeiten. Wir müssen uns dabei bewusst sein, dass Hurrikans mit ihren immer mehr zerstörerischen Auswirkungen eine Folge der von Menschen verursachten globalen Erwärmung sind.

In der Vergangenheit gab es bereits mehrere Konferenzen gegen weltweite Militärbasen. Die erste dieser Art fand 2007 in Ecuador statt, damals initiiert vom Weltsozialforum in Mumbai 2005 als weltweites Netzwerk gegen Militärbasen.

Weitere Konferenzen zu ausländischen Militärbasen fanden statt auf Guantánamo im November 2015 und im Mai 2017, sowie im Juni 2017 in Okinawa seitens der *International Women's Network Against Militarization*.

Die USA unterhalten mit Abstand die meisten Militärbasen weltweit: etwa 800 Basen in 70 Ländern.¹⁾ Die meisten Militärangehörigen sind in Deutschland und Japan stationiert, gefolgt von Südkorea.

Bezüglich der Anzahl von Militärbasen im Ausland folgen mit großem Abstand Großbritannien mit Basen in Ländern des früheren Empires sowie Frankreich mit Basen vor allem in den früheren Kolonien Westafrikas.

Eine detaillierte Darstellung der weltweiten US-Präsenz mit Militärbasen findet sich in dem Buch von Dave Vine "*Base Nation - How U.S. military bases abroad harm America and the World*".

Wir haben anlässlich unserer letzten Konferenz in Guantanamo eine neue Koalition gegen ausländische Militärbasen gegründet und dazu ein Grundsatzpapier verfasst. Daran beteiligt waren neben mir noch andere Mitstreiter der Organisationen

- Black Alliance for Peace
- CODEPINK
- Global Network Against Weapons and Nuclear Power in Space
- International Action Center
- Nuclear Age Peace Foundation
- Popular Resistance
- United National Antiwar Coalition
- U.S. Peace Council
- Veterans for Peace
- World Beyond War

¹ Anmerkung der Redaktion: Die Angaben hierüber sind schwankend wegen unterschiedlicher Definitionen bzw. Schwellwerte. Siehe z.B. die beigefügte Grafik von SIPER mit den angegebenen Kriterien. Hinzu kommt eine Unschärfe durch die Einbeziehung von Dienstleistern des Pentagons, Militärangehörigen und US-Geheimdienstmitarbeitern. Eine detaillierte Auflistung findet sich auf der Homepage des o.a. Buchautors Dave Vine unter www.basenation.us mit einem aktuellen Spreadsheet, das als Excel-Datei heruntergeladen werden kann. Bezüglich der Militärbasen von Großbritannien, Frankreich, Russland und China siehe dazu entsprechende Grafiken auf siper.ch

Coalition against Military Bases: „Grundsatzerklärung zur Zusammenarbeit“

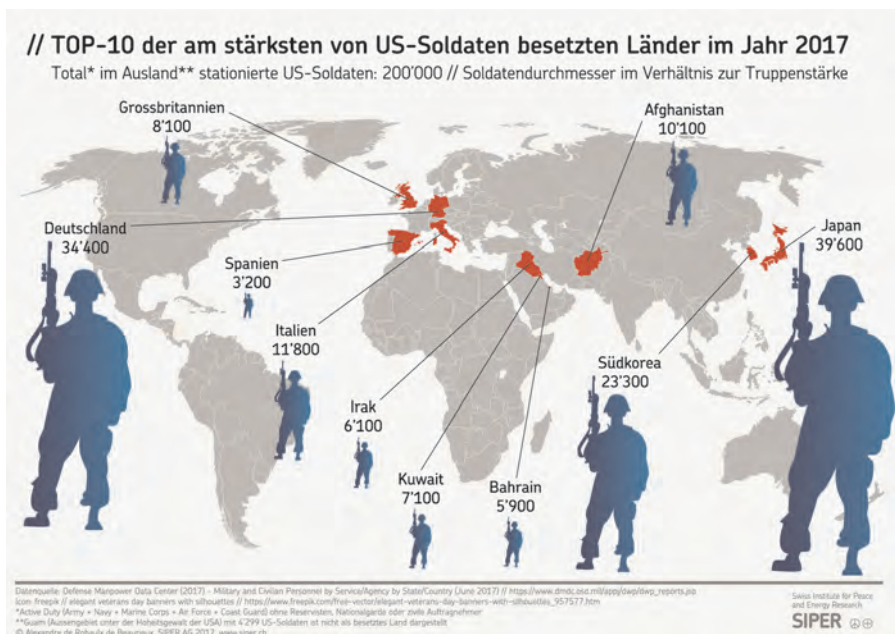
Wir als Einzelpersonen sowie als Vertreter von Friedens-, Menschenrechts- und Umweltorganisationen unterstützen die folgenden, gemeinsamen Punkte mit dem Ziel, das öffentliche Bewusstsein zu schärfen und gewaltfreien Massenwiderstand gegen die ausländischen Militärstützpunkte der USA zu organisieren.

Ungeachtet von unterschiedlichen Positionen in anderen Fragen sind wir uns darin einig, dass die ausländische Militärstützpunkte der USA das Hauptinstrument der imperialen globalen Herrschaft sind. Diese sind verantwortlich für Umweltschäden sowie Voraussetzung für Aggressionskriege und militärische Besetzung. Wir glauben an die Dringlichkeit zur Schließung ausländischer Militärstützpunkte der USA als erste und notwendige Schritte für eine gerechte, friedliche und nachhaltige Welt und begründen das mit folgenden Tatsachen:

- 1. Obwohl wir prinzipiell gegen alle ausländischen Militärstützpunkte sind, stellen wir fest, dass die USA die höchste Anzahl von Militärstützpunkten außerhalb ihres Territoriums haben, die auf fast 1000 geschätzt wird und damit 95% aller ausländischen Militärstützpunkte in der Welt ausmacht. Derzeit gibt es z.B. US-Militärstützpunkte in jedem Land am Persischen Golf, mit Ausnahme des Iran.*
- 2. Außerdem besitzen die USA 19 Flugzeugträger und wollen sich noch 15 weitere zulegen; zu einer Flugzeugträgergruppe, die (aus einem Flugzeugträger und zusätzlichen Kriegs- und Versorgungsschiffen besteht und) als schwimmende Militärbasis anzusehen ist, gehören 7.500 Seeleute und 65 bis 70 Kampffjets.*
- 3. Diese Basen gehen nicht nur aggressive Militäraktionen aus, sie dienen auch der politischen Unterdrückung, Sabotage und Spionage und sind Ausgangspunkte für Verbrechen gegen die lokale Bevölkerung. Weil diese Militärbasen zu den größten Verbrauchern fossiler Brennstoffe gehören, verursachen sie auch umfangreiche Umweltschäden.*
- 4. Die jährlichen Kosten dieser Militärbasen für die amerikanischen Steuerzahler belaufen sich auf etwa 156 Milliarden US-Dollar. Die Unterstützung von ausländischen Militärstützpunkten verschlingt Gelder, die zur Finanzierung dringender zivilgesellschaftlicher Bedürfnisse fehlen.*
- 5. Die USA sind damit zu einer militarisierten Gesellschaft geworden, was zu verstärkten weltweiten Spannungen führt, als Symbol der Fähigkeit, in das Leben souveräner Nationen und Völker einzudringen.*
- 6. Viele Bewegungen in betroffenen Ländern bzw. Regionen, wie z.B. in Japan (Okinawa), Italien (Sizilien), Südkorea (Jeju Island), Diego Garcia, Zypern, Griechenland und Deutschland (Ramstein), fordern die Schließung dieser Stützpunkte. Die seit über einem Jahrhundert am längsten besetzte illegale Militärbasis ist Guantánamo Bay. Deren Existenz ist völkerrechtswidrig, weshalb seitens Volk und Regierung Kubas seit 1959 deren Schließung und die Rückgabe des Territoriums gefordert wird.*

Ausländische Militärbasen der USA dienen NICHT der nationalen und globalen Sicherheit, sondern verkörpern die Einmischung in die inneren Angelegenheiten souveräner Länder im Namen der dominierenden finanziellen, politischen und militärischen Interessen der herrschenden Elite. Unabhängig davon, ob sie nun von politischen Juniorpartnern dieser Länder eingeladen worden sind oder nicht, kann keine Regierung behaupten, dass sie im Interesse ihres Volkes freie Entscheidungen treffen könne, wenn ausländische Truppen auf ihrem Boden für die Wahrnehmung von fremden Interessen stehen.

Wir müssen uns gemeinsam gegen die Existenz von US-Militärbasen im Ausland zur Wehr setzen und deren sofortige Schließung verlangen. Wir laden alle Organisationen, die sich für Frieden, soziale Gerechtigkeit und Umweltschutz einsetzen, ein, sich uns anzuschließen und mit uns gemeinsam für die Durchsetzung dieser Forderung zu kämpfen.

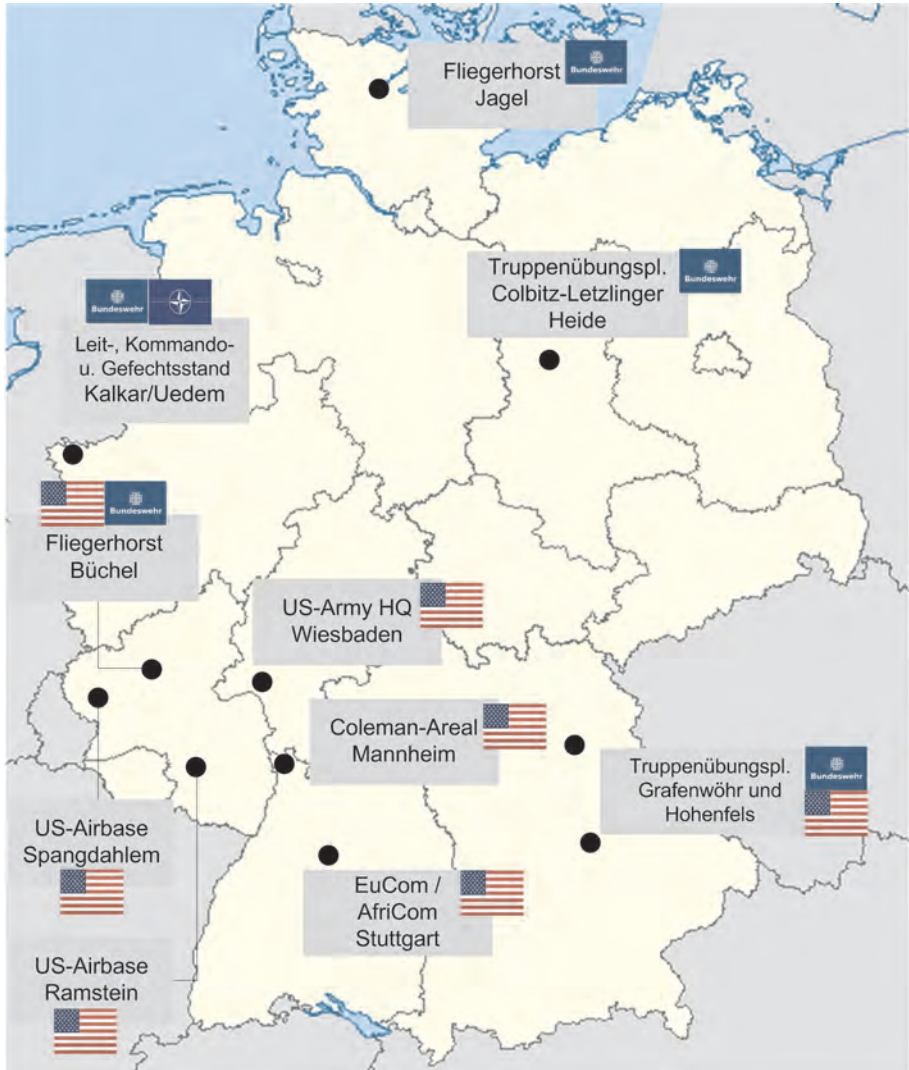


Grafiken: www.siper.ch

Deutsche Fassung der Grundsatzklärung und Originalfassung auch unter:
http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_16/LP13217_140817.pdf

Militärbasen in Deutschland – Eine Übersicht

von Karl-Heinz Peil, Friedens- und Zukunftswerkstatt e.V., Frankfurt a.M.



Ausgewählte Militärstandorte in Deutschland, Grafik: K.-H. Peil

Standorterweiterung von Militärbasen durch Zusammenlegungen

Nach 1990 ist die Anzahl von Militärbasen in Deutschland stark geschrumpft. Dafür sind die nunmehr verbliebenen Standorte jedoch beträchtlich aufgewertet worden. Das zeigt sich vor allem in der Konzentration der US-Militärbasen auf deutschem Boden, die sich mittlerweile auf wenige Standorte und Regionen konzentrieren, die damit leider einen gewaltigen Militarisierungsschub erhalten haben. Ein Beispiel dafür ist, dass das militärische Luftkreuz der US-Streitkräfte früher am Flughafen Frankfurt a.M. als Air Base mit dem Namen *Gateway to Europe* angesiedelt war. Die Folgen der bereits 2005 abgeschlossenen Verlagerung in die Pfalz nach Ramstein und Spangdahlem muss die dortige Region als drastische Zusatzbelastung für Gesundheit und Umwelt ertragen.

Das Hauptquartier der US Army wurde in den letzten Jahren schrittweise von Heidelberg nach Wiesbaden verlegt, wobei nicht nur die dort vorhandenen Ausbaumöglichkeiten eine Rolle gespielt haben, sondern auch, dass man in der hessischen Landeshauptstadt von deutlich weniger Anti-Kriegsprotesten ausgegangen ist, als dieses in Heidelberg der Fall war.

Vor allem im Irak-Krieg 2003 – an dem sich Deutschland offiziell ja gar nicht beteiligte – zeigte sich die Bedeutung der US Militärbasen in Deutschland für die logistischen Voraussetzungen einer US-Kriegsführung an beliebigen Orten weltweit.

Mittlerweile hat kein Land der Erde so viele fremde Soldaten, familiäre Angehörige und zivile Dienstleister für das Militär auf eigenem Territorium wie Deutschland. Diese sind vor allem in der Großregion Kaiserslautern konzentriert.

Truppenübungsplätze mit neuen Qualitäten

Das Gefechtsübungszentrum (GÜZ) in Letzingen ist Bestandteil des Truppenübungsplatzes Altmark in der Colbitz-Letzlinger Heide. Dort befinden sich mehrere nachgebaute Dorf- und Stadtkulissen, um Bundeswehr-Soldaten für Auslandseinsätze vorzubereiten. Mit der 2017 fertig gestellten Übungsstadt Schnöggersburg ist ein in dieser Größe deutschlandweit einmaliges Übungsgelände entstanden. Dieses soll nicht nur der Bundeswehr, sondern auch verstärkt auch Truppen anderer Staaten zur Verfügung stehen. Die Bürgerinitiative OFFENE HEIDE kämpft seit mehr als 20 Jahren gegen diesen Ausbau, was 2016 auch mit dem Aachener Friedenspreis gewürdigt wurde. Allerdings ist es bisher noch nicht gelungen, vorhandene Widerstände in der Bevölkerung vor Ort aufzubrechen. Hier zeigt sich deren (gefühlte) Abhängigkeit in einem wirtschaftlich strukturschwachen Umfeld.

Militärische Kommandozentralen und NATO-Exzellenzzentren

Diese entwickeln sich teilweise schleichend als Zentralen für weltweite Kriegsführung und zur Vorbereitung von Angriffskriegen. Größere Aufmerksamkeit als bisher erfordern z.B. das NATO AirCom in Ramstein als Zentrale des US-Raketenabwehrsystems in Europa und die NATO-Luft-Leitzentrale bei Kalkar. Mehrere NATO-Exzellenzzentren beschäftigen sich mit der Frage, wie künftig Kriege (wieder) führbar gemacht werden können.

Datenspionage – teils auffällig – teil versteckt

Horchposten für illegale Datenspionage sind nur teilweise als Militärstandorte vermerkt, wie z.B. die lange Jahre von der NSA genutzte Überwachungsstation in Bad Aibling, die vor Jahren an den BND übergegangen ist. (Siehe dazu in dieser Broschüre die Beitrag über Menwith Hill in Großbritannien sowie über Cyberkrieg im Ostseeraum). Teilweise sind diese Einrichtungen auch unauffällig versteckt, wie in dem weltweit größten US-Konsulat in Frankfurt a.M., wo gemäß WikiLeaks-Enttüllungen Hunderte von CIA-Mitarbeitern mit Cyberwaffen im Einsatz sind.

Stillgelegte Militärflächen zwischen Konversion und Reaktivierung

Ein Beispiel hierfür ist das Coleman-Areal in Mannheim mit einer riesigen Größe von über 200 ha, das in der Vergangenheit für die US-Army bereits zur Schließung disponiert. In der jüngsten Zeit werden dort aber zunehmend Militärfahrzeuge, darunter Hunderte von Panzern gelagert und instand gehalten. Dieses muss in direktem Zusammenhang mit den verstärkten NATO-Großmanövern an der russischen Westgrenze gesehen werden. Deshalb fordert das örtliche Friedensplenum Mannheim nicht nur – wie bereits seit längerem – die Freigabe der Militärflächen für zivile Nutzung, sondern bezeichnet das Coleman-Areal auch als Drehscheibe für kommende Kriege.

Auch an anderen Standorten erfolgt dieses, wie z.B. durch ein neues US-Depot in einer früheren britischen Kaserne.

Immer mehr vermischte und undurchsichtige Militäreinrichtungen

Die bereits genannten Beispiele zeigen, dass sich eine zunehmende Militarisierung unseres Landes und unserer Gesellschaft teilweise versteckt.

Auch die zivile Infrastruktur soll nach den Plänen der NATO zur Aufrüstung der Mitgliedsländer auf 2% des BIP kriegstauglich gemacht werden, so z.B. durch die baulich-technische Aufwertung von Straßen, Brücken und Schienennetzen für schnelle Militärtransporte in Richtung Osten.



Der Fliegerhorst Schleswig-Jagel ist als Standort für die geplante Beschaffung von Kampfdrohnen im Gespräch. Die DFG-VK Flensburg ist an diesem Standort mit regelmäßigen Mahnwachen präsent.
Foto: Jan Cüppers

Umfassende Übersichten militärischer Standorte sind vorhanden

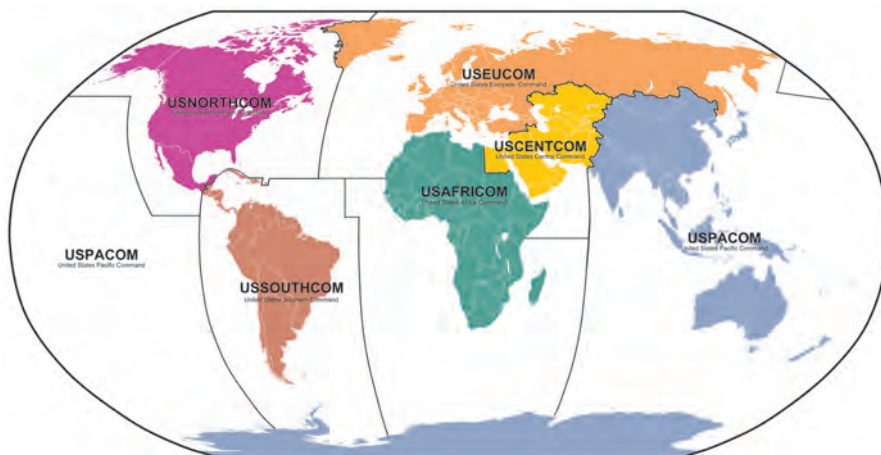
Was an dieser Stelle nur exemplarisch benannt wird, kann auch im Detail analysiert und für örtliche Aktivitäten gegen Rüstungsforschungen, Rüstungsproduktion und Kriegsvorbereitungen zugrunde gelegt werden. Für mehrere Bundesländern existiert jeweils ein Rüstungsatlas, wo detaillierte Zusammenstellungen aller relevanten Standorte zu finden sind.



Kaiserslautern – Ramstein: Strategisch und operativ wichtigster US-Militärstandort weltweit

von Wolfgang Jung und Fee Strieffler

US-Regionalkommandos für weltweite Präsenz

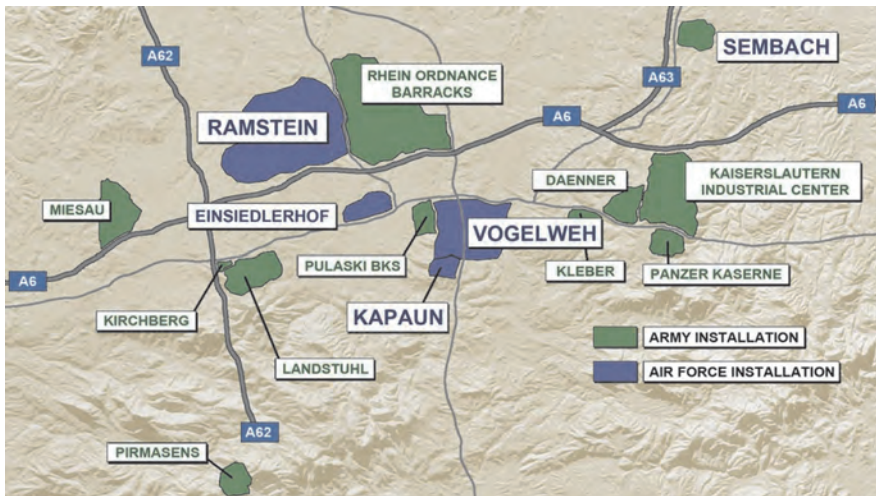


Grafik: Wikipedia

Der strategische Wert der US-Basen in der Bundesrepublik ist nur zu ermessen, wenn zunächst ihre Einordnung in das weltweite Befehlsnetz des Pentagons untersucht wird.

Das Pentagon hat den Erdball in sechs Regionalkommandos aufgeteilt, denen jeweils alle US-Teilstreitkräfte in ihren Befehlsbereichen unterstehen: Das NORTHCOM ist zuständig für die USA, Kanada und Mexiko, das SOUTHCOM für Süd- und Mittelamerika, das PACOM für Indien, China, das restliche Ostasien und den pazifischen Raum einschließlich der Antarktis, das CENTCOM für Ägypten, die arabische Halbinsel und die Krisen- und Kriegsgebiete im Mittleren Osten, das AFRICOM für Afrika ohne Ägypten und das EUCOM für Europa einschließlich des asiatischen Teils Russlands, der Türkei und Israels.

Vier der US-Regionalkommandos sind in den USA angesiedelt. Nur zwei residieren außerhalb der USA, und zwar beide in der Bundesrepublik Deutschland: EUCOM in den Patch Barracks in Stuttgart-Vaihingen und AFRICOM in den Kelley Barracks, ebenfalls in Stuttgart.



Die größte ausländische US-Militärgemeinde weltweit

Das Zentrum der US-Garnison (Garrison) Rheinland-Pfalz ist die Kaiserslautern Military Community mit über 52.000 US-Personen – darunter rund 15.000 US-Soldaten der US Air Force und der US Army; Kaiserslautern ist die größte US-Militärgemeinde außerhalb der USA und beherbergt außer dem Logistikzentrum der US Army in Europa auch die US Air Base Ramstein.

Zum Vergleich: Auf Okinawa mit einer Fläche von 2.276 km² und 1,4 Millionen Einwohnern leben 43.000 US-Amerikaner. Stadt und Landkreis Kaiserslautern haben eine Fläche von insgesamt 780 km² und 210.000 Einwohner.

Das *21st Theater Sustainment Command* ist zuständig für die Versorgung und den Nachschub aller in den Kommandobereichen des EUCOM, des AFRICOM und des CENTCOM eingesetzten Army-Einheiten. Dem Sustainment Command nachgeordnet sind die *16th Sustainment Brigade*, die inzwischen von Bamberg nach Baumholder verlegt wurde, das *7th Civil Support Command* und die *409th Contracting Support Brigade*, die auf dem Heuberg bei Sembach nordöstlich von Kaiserslautern stationiert ist.

Bei Sembach befand sich früher ein Flugplatz der US Air Force, dessen Flugfeld an die Bundesrepublik zurückgegeben wurde. Das Kasernengelände und die Wohnsiedlung auf dem Heuberg wurden der US-Army übertragen. Dort sind neben der 18th Military Police Brigade und der US-Army NATO Brigade auch das für

die Verwaltung aller US-Militäranlagen in Europa zuständige *Installation Management Command - Europe* untergebracht.

Außerdem residieren auf dem Heuberg bei Sembach alle bei der US Army in Europa für die Gesundheitsfürsorge zuständigen Einheiten. Nicht weit davon entfernt sind das *U.S. Army Medical Materiel Center, Europe* beim südpfälzischen Pirmasens und das Landstuhl Regional Medical Center, das größte US-Militärhospital außerhalb der USA, auf dem Kirchberg bei Landstuhl, das durch einen Neubau direkt neben der Air Base Ramstein ersetzt werden soll.

Von 2001 bis Mitte 2007 wurden 37.362 Patienten, davon 7.327 bei Kämpfen im Irak und in Afghanistan Verwundete, in Landstuhl behandelt. Das entspricht zahlenmäßig zwei bis drei kompletten US-Divisionen. Die meisten Soldaten wurden anschließend wieder an die Front zurückgeschickt. Darüber hinaus wurden in dem Krankenhaus bisher auch Patienten aus insgesamt 41 weiteren Staaten behandelt. Auch wurden in besonderen Fällen Verwundete in deutsche Spezialkliniken verlegt.

Besondere Beachtung erfordert auch das *Enterprise SATCOM Gateway Landstuhl (ESG-L)*, als größte SATCOM-Station der US-Army außerhalb der USA. Die ESG-L versorgt Einheiten der US-Streitkräfte am Boden, in der Luft und auf See und andere der US-Regierung und dem Pentagon unterstellte Behörden und Einrichtungen auf allen Kontinenten und Ozeanen via Satellit mit Internetzugängen und internen Nachrichten.

Scharfe Munition für laufende Kriegseinsätze

In den Wäldern im Westen und Osten der Stadt Kaiserslautern liegen große Depots der US Army, in denen Kriegsmaterial aller Art eingelagert ist.

Bei Bruchmühlbach-Miesau im Kreis Kaiserslautern befindet sich das *Ammunition Center Europe*, das größte Munitionsdepot der US-Streitkräfte außerhalb der USA. Es bedeckt eine Fläche von fast 2.400 Hektar. In mehr als 1.500 Lagerbunkern können bis zu 200.000 Tonnen Munition jeder Art gelagert werden. 2016 wurde es mit 5.000 Tonnen, der größten Munitionslieferung seit 10 Jahren, wieder auf die heutige Obergrenze von 30.000 Tonnen aufgefüllt. Durch flexibles Reagieren auf den täglichen Bedarf werden die in Afghanistan, im Irak oder andernorts eingesetzten US-Truppen ständig mit Geschossen und Granaten aller Kaliber beliefert. Auch 90 Prozent der im Irak und in Afghanistan verfeuerten Munition für Handfeuerwaffen stammt aus dem Depot in der Westpfalz.

Größtes militärisches Luftdrehkreuz außerhalb der USA

Die Air Base Ramstein ist das größte Luftdrehkreuz der US-Streitkräfte außerhalb der USA und die "größte, verkehrsreichste, beste und eine der wichtigsten, wenn nicht die wichtigste Militärbasis der Welt" (US-General Rob Kane in KAISERSLAUTERN AMERICAN vom 27.1.2006).

Das auf dieser Base eingerichtete *603rd Air and Space Operations Center / AOC* überwacht alle US-Luftoperationen über Europa und Afrika. In diesem AOC soll auch über Drohnenangriffe in Afrika und anderswo entschieden worden sein. Auf der Air Base Ramstein befindet sich auf jeden Fall eine Relaisstation, über die der Datenaustausch zwischen den Drohnenpiloten in den USA und den Kampfdrohnen im Einsatzgebiet läuft.

Die Air Base Ramstein verfügt über zwei Start- und Landebahnen für die größten Transportflugzeuge der US-Air Force (C-130, C-17, C-5), hat die größte Wartungshalle der US-Air Force und wird jährlich für mehr als 30.000 Starts und Landungen genutzt. In Ramstein ist das 86th Airlift Wing (Lufttransport-Geschwader) stationiert, das für alle Lufttransporte im Bereich des EUCOM, des AFRICOM und gelegentlich auch des CENTCOM zuständig ist.

Über die Air Base Ramstein werden über 90% der Personen- und Frachttransporte in den Mittleren Osten und nach Afrika abgewickelt. Monatlich werden ca. 30.000 Militär- und Zivilpassagiere abgefertigt und bis zu 900 Tonnen Bomben, Raketen und Geschosse für die US-Kampffjets geliefert, die in den aktuellen Kriegsgebieten operieren.

Fluglärm durch Kampffjet-Übungen

Die Region Eifel/Westpfalz/Saarland liegt unter mehreren, sich überlappenden Lufträumen, in denen Kampffjets ohne jegliche Lärmbeschränkung fliegen dürfen. Die größte Belastung durch Kampffjets geht von der Air Base Spangdahlem in der Eifel aus, dicht gefolgt vom Fliegerhorst Büchel, ebenfalls aus der Eifel und mit Spezialisierung auf die Verlärmung des Abends.

Ihre Kampfeinsätze üben die US-Piloten über der Westpfalz und dem Saarland. Der häufig ganztägige militärische Fluglärmterror ist zu einer unerträglichen Belastung für die Bevölkerung geworden. Die Flüge umfassen Abfangjagden, Tiefflüge, Überschallflüge mit Knall und Flüge irgendwo dazwischen, z.B. tiefe Flüge, die nicht als Tiefflüge gezählt werden. Dazu kommen Versorgungs- und Übungsflüge schwerer Transportmaschinen der US Airforce und deutsche Transporte von Fallschirmspringern.

Ohne besondere Genehmigungen dürfen Übungsflüge mit Kampffjets unter Missachtung der üblichen Mittags und Nachtruhe durchgängig bis 23.30 Uhr (Oktober bis April) oder bis 21.00 Uhr (Mai bis September) unter Aussperrung des zivilen Verkehrs von 3000 Metern Höhe aufwärts ohne Ankündigung und Mengenbeschränkung durchgeführt werden. Auch am Wochenende gibt es keine Ruhe, da der Flugbetrieb der Air Base Ramstein rund um die Uhr genehmigt ist, auch nachts.

Der zweite Flugplatz der US-Air Force in der Bundesrepublik, die Air Base Spangdahlem, liegt in der Eifel. Das dort stationierte 52nd Fighter Wing (Kampf-Geschwader) verfügt über 24 Kampffjets des Typs F-16, die wiederholt im Irak und in Afghanistan eingesetzt waren.

AirCOM: Befehlszentrale des Raketenabwehrschildes



Auf der Air Base Ramstein residiert auch das Hauptquartier des *Allied Air Command*, das HQ AIRCOM Ramstein. Übergeordnet ist ihm nur das NATO-Hauptquartier in Belgien.

Im AIRCOM Ramstein werden alle einlaufenden Informationen ausgewertet, Entscheidungen getroffen und Befehle an die nachgeordneten Gefechtsstände weitergeleitet. Von hier aus wird zum Beispiel auch die Luftraumüberwachung über dem Baltikum gesteuert.

Zusätzlich erfolgt die operative Führung der bei Geilenkirchen stationierten AWACS-Flugzeuge vom AIRCOM Ramstein. Hier wurde auch die Befehlszentrale für den Raketenabwehrschild der USA und der NATO eingerichtet.

Umweltbelastungen durch Schadstoffe werden vertuscht

Vorhandene Belastungen im Boden und Grundwasser führen derzeit bereits zu gesundheitlichen Belastungen der Menschen in der Region. Niedergelassene Ärzte tun sich allerdings schwer, durch Umwelteinflüsse bedingte Krankheiten als solche zu diagnostizieren und öffentlich zu machen. Hier gibt es eine offensichtliche Angst vor dem Verlust von Privatpatienten, was kein Arzt riskieren möchte.

Notwendig wäre hier auch ein Kataster der bereits vorhandenen Umwelt-Atlas-ten. Diese gibt es zwar ansatzweise für die Air Base in Ramstein selbst, nicht jedoch für die anderen der hier genannten Liegenschaften.



Screenshot von Video-Aufzeichnung des Vortrages

Derzeit entsteht in Weilerbach, in unmittelbarer Nähe der Air Base Ramstein, das größte US-Militärhospital außerhalb der USA. Der Neubau soll das vorhandene US-Krankenhaus in Landstuhl ersetzen. Die Kosten hierfür sind mit knapp einer Milliarde US-Dollar veranschlagt. Die Planungskosten von

150 Millionen Euro werden dabei in vollem Umfang von der Bundesrepublik Deutschland übernommen. Der Neubau gefährdet das Grundwasser in einem wichtigen Wasserschutzgebiet der Region. Die Abwässer des US-Militärhospitals, in dem auch gefährliche, ansteckende, seuchenartig auftretende Krankheiten behandelt werden sollen, werden über das öffentlichen Abwassernetz in die Kläranlage der Stadt Kaiserslautern gepumpt. Durch das Fällen von 49 ha Wald geht nicht nur Lebensraum für geschützte Tiere und Pflanzen, sondern auch eine Lärmschutzfunktion verloren. Alle Einsprüche gegen das Bauvorhaben wurden abgewiesen.

Weitere Infos: www.luftpost-kl.de

Folien zum Vortrag: http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_16/LP14817_120917.pdf

Infotafeln zur US Air Base Ramstein:

http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_16/LP14917_130917.pdf

Büchel: Dauerpräsenz gegen US-Atomwaffen

von Marion Küpker, Kampagne „atomwaffenfrei.jetzt!“



Aktion vor dem Haupteingang des Fliegerhorsts Büchel, Foto: Flickr

US-Atomwaffen in Büchel

Am 26. März 2010 gab es im Bundestag überparteilich den Beschluss, darauf hinzuwirken, die letzten ca. 20 US-Atombomben abzuziehen. Genau das Gegenteil ist seitdem passiert: Auf dem in Rheinland Pfalz liegenden Fliegerhorst Büchel der Bundeswehr soll es ab 2024 zur nuklearen Aufrüstung mit einem neuen Atombombentyp, der B61-12 kommen, der in den USA 2020 in die Produktion gehen soll. D.h. die mittlerweile strategisch untauglich gewordenen bisherigen U.S.-Atombomben des Kalten Krieges sollen gegen real einsetzbare ausgetauscht werden: zielgenauer, da über Satelliten steuerbar und mit extra Flügeln. Neu ist auch deren erdeindringende Fähigkeit gegen unterirdische Ziele.

Kampagne mit Mahnwachen und gewaltfreien Aktionen vor Ort

Unsere drei Forderungen sind: Abzug der restlichen Atomwaffen, keine nukleare Aufrüstung und Unterzeichnung des UNO-Vertrages zur Ächtung aller Atomwaffen.

Kernelement unserer Kampagne sind Selbstverpflichtungserklärungen für Aktionen in Büchel, wo wir vom 26. März (Bundestagsbeschluss 2010) bis zum Nagasaki-Tag (9. August) über 20 Wochen eine Dauerpräsenz bis zum vollständigen Abzug vorgesehen haben. Die Selbstverpflichtung lautet:

"Solange in Büchel Atomwaffen zum Einsatz bereitgestellt oder gelagert werden, werde ich mindestens einmal im Jahr nach Büchel kommen, um an einer Aktion teilzunehmen, und mich in meinem Umfeld für den Abzug der Atomwaffen aus Büchel und für eine atomwaffenfreie Welt einsetzen. Ich bin bereit, im Aktionsrahmen der Kampagne selbst gewaltfreien zivilen Ungehorsam zu leisten / eine Aktion zivilen Ungehorsams zu unterstützen / an Mahnwachen und Demonstrationen teilzunehmen."

2017 waren 40 Gruppen aus ganz Deutschland in dieser Weise präsent. Es hat sich gezeigt: Bereits 20 Leute reichen aus, um alle drei Tore zum Fliegerhorst Büchel dicht zu machen. Alle unsere Protestaktionen des zivilen Ungehorsams, die wir bereits in den letzten Jahren durchgeführt haben, wurden in den überregionalen Medien weitgehend totgeschwiegen. Die BlockiererInnen wurden zwar nicht kriminalisiert (keine Bußgelder!), da eine Strafverfolgung unser Anliegen noch stärker ans Licht der Öffentlichkeit gebracht hätte.

In Rheinland-Pfalz spielen die großen US-Militärbasen Ramstein und Spangdahlem und die hiervon mit ausgehende Umzingelungspolitik der NATO gegenüber Russland (u.a. auch mit den Atomwaffen in Deutschland, die unter US-Befehlshoheit stehen), eine wichtige Rolle, was sich in der aktuell angespannten Situation – egal ob Ukraine oder Syrien - verheerend auswirken kann.

Damit präsentieren sich Deutschland UND hier auch gerade der Standort Büchel, als mögliches Angriffsziel, anstatt dass unsere Regierung deeskalierend handelt und völkerrechtswidrige Atomwaffen vernichten lässt. Weltweit hat sich die Mehrheit der Staatengemeinschaft für einen Verbotsvertrag ausgesprochen und arbeitet weiter an dessen Umsetzung. Die humanitären Auswirkungen von Atombomben-Einsätzen sind katastrophal; die nukleare Abschreckung und auch Gedanken über einen führbaren nuklearen Erstschlag sind nicht hinnehmbar.

Daher muss Büchel ein zentraler Ort für unseren Widerstand gegen Atomwaffen sein!



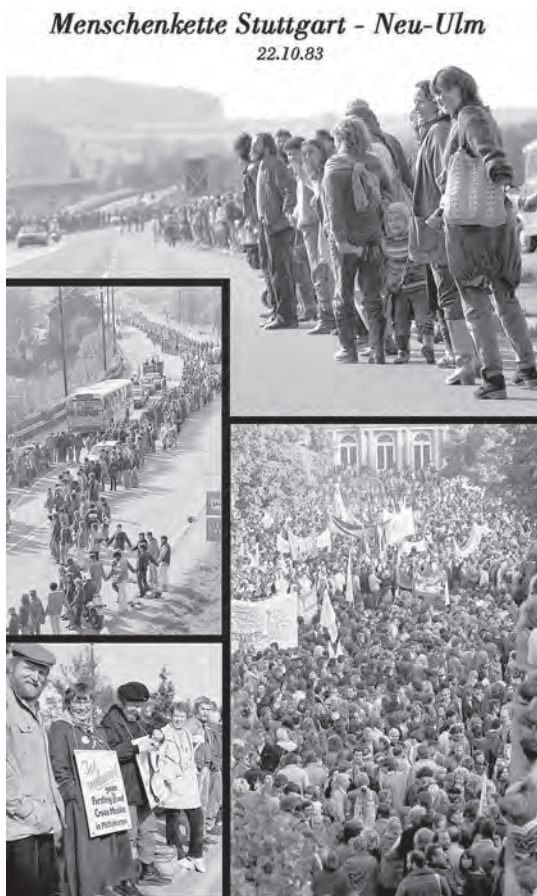
EUCOM und AFRICOM: Kommandozentralen als Projektionsflächen für langjährigen Widerstand

von Karl-Heinz Peil, Friedens- und Zukunftswerkstatt e.V., Frankfurt a.M.¹

EUCOM in Stuttgart: Widerstand seit 1983

400.000 Menschen demonstrierten am 22. Oktober 1983 mit einer 108 km langen Menschenkette gegen die atomaren Erstschlagsraketen Pershing II und Cruise Missiles, deren Mehrzahl in Baden-Württemberg und an seiner Grenze (Heilbronn, Mutlangen, Neu-Ulm) stationiert werden sollte. Damit sollte der Atomkrieg auf Europa begrenzt und führbar werden. Bundesweit gingen an diesem Tag 1,2 Millionen Menschen auf die Straße. Die Stationierung konnte zunächst nicht verhindert werden. Fünf Jahre später aber unterzeichneten die USA und die Sowjetunion ein Abrüstungsabkommen, das zum Abbau der Raketen führte.

Die Menschenkette hin zu den Stationierungsorten hatte in Stuttgart ihren Ausgangspunkt an den Patch Barracks in Stutt-



Quelle: www.udo-leuschner.de

¹ Der Autor ist verantwortlicher Redakteur des zweimonatlich erscheinenden *Friedensjournal*, das vom Bundesausschuss Friedensratschlag herausgegeben wird. In diesem sind auch die *Friedensblätter* des Netzwerkes Frieden Baden-Württemberg enthalten, die für diesen Beitrag als Quellen zugrunde gelegt wurden. Weitere Infos unter: www.friedensnetz.de und <http://www.frieden-und-zukunft.de/?Friedensjournal>

gart-Vaihingen, dem Sitz des EUCOM-Kommandos, dem damals einzigen US-Oberkommandos mit Sitz außerhalb der USA (siehe auch Seite 24 dieser Broschüre).

Dieses war nicht nur ein historischer Höhepunkt der deutschen Friedensbewegung, sondern auch der Kristallisationspunkt für Aktivitäten in den späteren Jahren, die sich gegen das EUCOM in Stuttgart richteten.

Im Vorfeld des Irakkriegs 2003 durch die USA gab es Massendemonstrationen der Friedensbewegung in vielen Ländern, so auch in Deutschland. Dabei wurde das EUCOM als ein logistisches Zentrum für diesen Krieg identifiziert, obwohl sich Deutschland gemäß Aussagen der Bundesregierung nicht daran beteiligte. Am 29. April 2003 waren deshalb etwa 6.000 Menschen auf der Straße, um so das EUCOM vollständig mit einer Menschenkette zu umzingeln.

EUCOM heute: Logistikzentrale und NSA-Standort

Neben den eigentlichen militärischen US-Stabsstellen ist hier auch der militärische Oberbefehlshabende aller NATO-Operationen, der sogenannte *Supreme Allied Commander Europe (SACEUR)* angesiedelt. Dieser ist seit 2004 in Personalunion auch EUCOM-Oberbefehlshaber. Die operativen Aufgaben dieser Stabsstelle haben in den letzten Jahren erstmals seit Ende des Kalten Krieges wieder eine erhebliche Bedeutung gewonnen, durch den NATO-Aufmarsch an der russischen Westgrenze, der u.a. mittels der dort vorgenommenen Stationierung von US-Panzerbrigaden 2016 und 2017 erfolgte. Da diese Truppen im Zyklus von neun Monaten ausgetauscht werden, ist damit auch für das EUCOM ein erheblicher logistischer und organisatorischer Aufwand verbunden.

Darüber hinaus beherbergen die Patch Barracks auch die deutsche Zentrale der NSA mit der offiziellen Bezeichnung NSA/CSS Representative Europe Office (CSS: Central Security Service als weiterer US-Geheimdienst).

AFRICOM: Planung und operative Leitung von Drohneneinsätzen

2008 wurde in den Kelley Barracks in Stuttgart-Möhringen das AFRICOM als zweite US-Kommandozentrale außerhalb der USA eingerichtet. Ursprünglich war seitens der US-Regierung vorgesehen, diese Stabsstelle in einem afrikanischen Land als Kommandozentrale im „Krieg gegen den Terror“ unterzubringen. Dazu erklärte sich nach Konsultationen mit der Afrikanischen Union jedoch kein Staat bereit. Im Jahr 2007 erfolgte dann die offizielle Zustimmung der deutschen schwarz-roten Bundesregierung für den Standort Stuttgart, offenbar um damit einen aktiven Beitrag im „Krieg gegen den Terror“ zu leisten. Für die AFRICOM-Stationierung sind deshalb Angela Merkel und der damalige Außenminister Frank-Walter Steinmeier direkt verantwortlich.

Während diese Kommandostelle in den ersten Jahren vor Ort kaum Beachtung fand, änderte sich dieses nach den Enthüllungen von Edward Snowden und daran anknüpfenden journalistischen Recherchen in deutschen Medien (NDR-Sendung Panorama und Süddeutsche Zeitung). Im gleichen Atemzug wurden für die Steuerung des Drohnenkrieges die US-Standorte Ramstein und das AFRICOM genannt. Während die Air Base Ramstein vor allem eine technische Funktion als Relaisstation erfüllt, aber wohl auch über das dortige Air and Space Operations Center (AOC) daran beteiligt ist (siehe Seite 26 dieser Broschüre), liegt die eigentliche Verantwortung für den Drohnenkrieg vor allem in Somalia beim AFRICOM. Dort werden vermeintlich Terrorverdächtige identifiziert und damit zum Tode verurteilt, was bis vor kurzem vom jeweiligen US-Präsidenten lediglich formal bestätigt wurde.

Auch im Libyen-Krieg 2011, der im Wesentlichen von NATO-Verbündeten der USA geführt wurde, spielte das AFRICOM eine wichtige Rolle.



Am 28. August 2016 erfolgte eine öffentlichkeitswirksame Konzert-Blockade an allen vier Toren der Kelley Barracks durch etwa 80 Musiker*innen von Lebenslaute über mehrere Stunden. Die Blockade begann morgens um 6 Uhr und verursachte einen über 12 km langen Verkehrsstau. (Das Lebenslaute-Konzert war erst für 10 Uhr am Haupttor angemeldet und angekündigt worden). An dem Tor saßen die Lebenslaute-Musiker auf Hockern, die sie mitgebracht hatten, und spielten klassische Instrumente wie Cello, Geige und Flöte. Einige tanzten. Die Sänger*innen sangen Lieder aus der deutschen klassischen Musik und auch Lieder vom Broadway wie "Amerika, Amerika" sowie aus Lateinamerika, aus dem Mittelalter und aus der Moderne. Etwa 300 Zuschauer aus der Region waren dort, um das schöne Friedenskonzert zu erleben. Für fast vier Stunden gab es kein Reinfahren in das AFRICOM zur Verrichtung der tödlichen Arbeit dort. Die Medien-Reaktion war überwiegend sehr positiv mit überregionaler Resonanz.

Text: Elsa Rassbach / Foto: [www..lebenslaute.net](http://www.lebenslaute.net)

Da das AFRICOM sich in einer abgelegenen Ecke Stuttgarts befindet, fanden zunächst nur wenige Kriegsgegner den Weg dorthin für Aktionen. Nach den 2013 erfolgten Enthüllungen gab es bei dem Ostermarsch 2014 die erste große Protestaktion an diesem Standort.



*Ostermarsch-Kundgebung vor dem AFRICOM 2014
Quelle:
www.beobachternews.de*

Anlässlich des evangelischen Kirchentages 2015 rief die Friedensbewegung zu einer Menschenkette am 6. Juni in Stuttgart auf – „Von Stuttgart geht Krieg aus!“ hieß es in dem Aufruf, der als Postkarte vieltausendfach an die Kirchentagsteilnehmer*innen verteilt worden war. Mit der Menschenkette konnte ein Zeichen des Friedens gegen die in Stuttgart ansässigen US-Kriegs-Kommandozentralen AFRICOM und EUCOM gesetzt werden. Aber auch ein Zeichen gegen das offizielle Programm des Kirchentages, das das Thema Frieden weitgehend ausgeklammert hatte. Die christlichen Friedensgruppen mussten ihre Anliegen außerhalb des offiziellen Rahmens im selbstorganisierten „Zentrum Frieden“ am Stuttgarter Friedensplatz präsentieren. Von dort zog sich die ca. drei Kilometer lange Menschenkette bis zum Mahnmal für die Opfer des Faschismus.



Friedenskette vor dem „Neuen Schloss“, dem repräsentativen Gebäude der Landesregierung in der Stuttgarter Innenstadt, Foto: M. Lochmiller

Kalkar/Uedem: Strategieschmiede für neue Kriege

von Bernhard Trautvetter, Essener Frieden-Forum

Planen für den nächsten Krieg

Kalkar/Uedem ist Zentrum für alles, was Kontrolle und Kommandos der Militärs im Nato-Luftraum Europas nördlich der Alpen betrifft. Und es untersteht direkt dem gesamteuropäischen Luftwaffenkommando der NATO in Ramstein.

Mit einer einseitigen Propaganda, die Russland zum "Brandstifter" abstempelt, rechtfertigen NATO und Bundeswehr u.a. eine „Speerspitze“, eine sogenannte schnelle Eingreiftruppe, die in kürzester Zeit in jeder europäischen Region auch außerhalb der Nato eingreifen kann. Für die luftgestützte Steuerung ist Kalkar/Uedem zuständig.

Die Luftleitzentrale Kalkar/Uedem ist auf das Engste mit dem Drehkreuz aller Nato-Luft-Missionen in Ramstein verwoben: Bis 2015 wurden 60 Millionen Euro in die Militäranlagen am Standort investiert und weitere 90 Millionen Euro sind bereits fest eingeplant.

Kalkar: „Joint Air Power“

Das Kalkarer *Joint Air Power Competence Centre* (JAPCC) ist eines der aktuell 24 sogenannten *Centres of Excellence* der NATO. Deren Aufgaben definiert die NATO so: Sie sind Institutionen, die NATO-Führungskräfte und Experten trainieren, in der Strategie-Entwicklung assistieren, die Lernprozesse identifizieren, das Zusammenwirken verbessern und Kapazitäten sowie Konzepte testen, überprüfen und evaluieren.

Dafür nutzt das JAPCC Tagungen und Veröffentlichungen. Auf JAPCC-Jahreskonferenzen behandeln obere und oberste Führungskräfte der NATO mit Akademikern der Kriegsforschung, der Rüstungs- und Nuklearindustrie und der Politik bis hin zum persönlichen Referenten des CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden im Bundestag teils sehr konkrete Strategiekonzepte zum vollen Spektrum militärischer Einsatzmöglichkeiten. Zunächst fanden diese in der Stadthalle Kleve statt, 2015 zog man dafür in die Messe Essen um.

Die Militärs entwickeln das alles für einen von ihnen sogenannten *Krieg im 21. Jahrhundert* weitgehend von der Öffentlichkeit unbeachtet: 2012 befasste sich das Kalkarer *Joint Air Power Competence Centre* (JAPCC) auf einer Konferenz mit der *Kriegsführung im 21. Jahrhundert*, 2014 erklärte eine dortige Nachfolgekonferenz einen großen Krieg (*major war*) für möglich. Beratungen über diese Themen fanden und finden in einem Staat statt, dessen Grundgesetz die Vorbereitung eines Angriffskrieges unter Strafe stellt!

Kriegsszenarien auf den JAPCC-Jahreskonferenzen in Essen

Im Oktober 2017 hielt das JAPCC seine Jahreskonferenz in der Messe Essen zum Thema Abschreckung ab. Der Begriff Abschreckung ist wie geschaffen für Strategische Kommunikation: Er versetzt die eigene Position ins gute Licht desjenigen, der die per se gefährliche Gegenseite vom Griff zur Gewalt abhält. Und da man der Gute ist, fällt es auch leichter, selbst an sich abzulehnende Handlungen zu vollziehen, da der vermeintlich gute Zweck die Mittel bis zu einem gewissen Grad heiligt. So ist der Begriff zusätzlich eine Identitätshilfe für jene Militärs, die an sich intolérable Planungen entwickeln und ausführen. Zu diesen Planungen gehört auch explizit der Einsatz von Atomwaffen.



Quelle: Essener Friedens-Forum

Widerstand gegen NATO-Kriegsplanungen wächst

Seit Jahren demonstriert die Friedensbewegung in der Region am 3. Oktober in Kalkar. Gewählt wird dafür bewusst der jährliche Tag der Deutschen Einheit, um darauf aufmerksam zu machen, dass die militärischen Einrichtungen in Kalkar gegen den Einheitsvertrag von 1990 verstoßen, nach dem von deutschem Boden kein Krieg mehr ausgehen darf. Diese Demo steht regelmäßig im engen zeitlichen Zusammenhang mit einer Kundgebung in Essen gegen die dort stattfindende JAPCC-Jahrestagung, zuletzt vom 10. bis 12. Oktober 2017.

Dülmen: Grenzüberschreitender Protest

von Michael Stiels-Glenn, Friedensfreunde Dülmen



Foto: Besuch der Friedensfreunde Dülmen auf dem Militärgelände

Neues US-Depot in früherer britischer Kaserne

Die Friedensfreunde Dülmen gibt es nicht einmal seit sechs Monaten und wir versuchen alles, um lokal etwas zu bewegen: Wir gründeten uns, als in Dülmen eines der neuen US-Depots in einer früheren Kaserne der Briten eingerichtet wurde: Ausrüstung und gepanzerte Fahrzeuge, darunter Panzerhaubitzen, Raketenwerfer für eine komplette Kampfbrigade mit 4.200 Soldaten. Die Ausrüstung wird in hoher Einsatzbereitschaft für das Baltikum gehalten.

Wir wandten uns zunächst an die Bürgermeisterin und Lokalpolitiker, die aber abwiegelten, es werde schon nichts passieren. Als wir weiter fragten, reagierte die Bürgermeisterin gereizt: Wir sollten uns doch direkt an die US-Army wenden, die hätten Transparenz versprochen. Das machten wir dann auch – und wir erhielten überraschend nach einigen Erinnerungen Antworten – und die Einladung, das Depot zu besichtigen. Nun, wenn wir fordern, dass die NATO und die Russen miteinander reden, warum sollten wir dann nicht mit Militärs sprechen. Wir haben die Ergebnisse unserer Besichtigung auf unserer Homepage und Facebook-Seite gestellt und die Army aufgefordert, uns erneut einzuladen, wenn das Depot gefüllt ist – man hat uns das zugesagt.



Grafik: K.-H. Peil

Erkenntnisse hinter der Grenze

Weil die US-Army die gleichen Depots in Eygelshoven/ Niederlande und in Zutendaal/Belgien einrichtet, haben wir dort nach Kontakten gesucht – aber niemand konnte uns helfen. Schließlich haben wir bei den Stadtverwaltungen die Adressen der Ratsparteien erbeten und die bekommen. Dadurch kamen Kontakte zu einer lokalen Wählergruppe in Eygelshoven zustande. Meine Frau und ich setzten uns auf die Fahrräder und fuhren dorthin – eine Tour von insgesamt 640 km, auch um die beiden anderen Depots zu inspizieren und zu fotografieren. Mittlerweile haben wir einen guten Kontakt zu den Leuten in Eygelshoven – und die teilten uns mit, dass vor einigen Jahren viele Zivilangestellte durch gifthaltige Chromfarben für die Ausrüstung in den Vorläuferdepots – und durch abgereichertes Uran in den Panzerungen von Abrams M1 – krank geworden sind und auf

Entschädigungen klagen. Diese brisanten Nachrichten geben uns hier wieder Anlass zu Fragen und Forderungen. Diese Art von Friedens-Politik von unten über Ländergrenzen weg wollen wir weiter praktizieren. Und hier auf der Konferenz haben wir nun Kontakt zu Belgien bekommen, was uns vorher nicht gelungen ist.

Global denken, lokal handeln bedeutet, dass wir unsere Politik vor Ort entwickeln: Gegen die NATO und für Russland Partei zu nehmen würde uns isolieren. Also haben wir einen OSZE-Experten um einen Vortrag gebeten zur sicherheitspolitischen Lage; das kam gut an bei den Leuten. Wir fordern also Gespräche ohne Vorbedingungen, Rüstungskontrollen, Verhandlungen als Lösung. Damit bekommen wir langsam Zustimmung. Und wir stehen nicht GEGEN etwas, sondern setzen uns für etwas ein – also Gespräche, aber auch unser „Projekt Friedensstadt Dülmen“, mit dem wir die Friedensfrage als Entwicklungsprojekt für unsere Stadt durchdeklinieren wollen.

Weitere Infos: www.friedensfreundeduelmen.eu

Estland: NATO-Vorposten im neuen Kalten Krieg

von Kirill Kopp, Die Linke Estland

Fliegerhorst Ämari in Estland - Basis für NATO Air Policing Baltikum



Screenshot aus Video-Aufzeichnung / YouTube
Kurzlink: <https://youtu.be/bM4x-b35bx0>

Der Fliegerhorst Ämari liegt 454 km von der estnischen Hauptstadt Tallinn entfernt. Nach dem Ende der Sowjetunion und der estnischen Unabhängigkeit wurde Ämari von 1991 bis 1994 zunächst noch von den russischen Luftstreitkräften als Militärflugplatz genutzt und ging anschließend in den Besitz der Republik Estland.

Nachdem der Militärflugplatz von Russland aufgeben wurde, haben die estnischen Luftstreitkräfte dort zunächst eigene Hubschrauber- und Flugzeugeinheiten stationiert. Im Rahmen

der umfangreichen Modernisierung wurde Ämari auch für größere Kampffjet-Verbände der NATO-Partner ertüchtigt. Seit dem NATO-Beitritt 2004 ist der Fliegerhorst auch für NATINADS (*NATO Integrated Extended Air Defence System*) zuständig.

Im Jahr 2009 wurde eine umfassende und von der NATO finanziell unterstützte Erneuerung des Militärflugplatzes beschlossen. Zu den geplanten Maßnahmen gehörten der Bau eines neuen Treibstofflagers, die Modernisierung der Start- und Landebahn sowie Terminals und Navigationstechnik. Im September 2010 wurde die mit 2750 m Länge und 45 m Breite den NATO-Normen entsprechende Piste eröffnet. Über das *NATO Security Investment Program* wurden von dem Verteidigungsbündnis 45 Mio. der Gesamtumbaukosten von 96 Mio. Euro getragen.

Dass die Präsenz von NATO-Kampffjets im Baltikum gefährliche Situationen im Luftraum erzeugen kann, zeigte sich wiederholt. So stiegen im Mai 2017 zwei spanische F-18-Kampffjets von Ämari auf, um einen russischen Bomber über internationalem Gewässer in der Nähe der estnischen Grenze zu begleiten. Russlands Verteidigungsminister Sergej Schoigu hatte zuvor erklärt, Moskau betrachte die NATO-Luftraumüberwachungs-Mission als „Demonstration der gewaltsamen Durchsetzung eigener Interessen“.

Tapa: NATO-Manöver an der russischen Grenze

In Tapa, nur 100 km von der russischen Grenze entfernt, wurden 2017 große Gebäudekomplexe für Kasernen fertig gestellt. Mittlerweile zählt das dort stationierte NATO-Bataillon 1200 Soldaten, davon mehr als 800 aus Großbritannien.

Die NATO-Kampftruppen sind in einem Rotationsprinzip jeweils vier Monate auf dem Baltikum. Seit 2014 sind auch vier dänische F-16-Kampfgeschwader stationiert.

Die Sowjetunion hat sich nach 1990 freiwillig aus Deutschland zurück gezogen und unterstützte die Wiedervereinigung des deutschen Volkes. Die Amerikaner und die Briten sind immer noch dort. Die Führer Deutschlands und der NATO versprachen, nicht nach Osten zu ziehen. Aber heute sind sie an der Grenze zu Russland und beteiligen sich an der Besetzung aller baltischen Länder.

Fremde Soldaten unterliegen nicht der lokalen Gerichtsbarkeit. Der NATO-Stützpunkt mit seinen Flugzeugen und Raketen ist zu einer Zielscheibe im Krieg geworden, bei dem die 1,3 Millionen Einwohner Estlands keine Überlebenschance haben werden. Dieses ist ein Verrat der Politik in Estland und den anderen baltischen Ländern gegenüber den Interessen ihrer Bevölkerung.



Foto: www.ar-ge-baltikum.de

Schweden: Trotz Neutralität ein US-Vasallenstaat?

von Agneta Norberg, Swedish Peace Council

Schweden: Spionagezentrum für „Five Eyes“

Schweden gehört zu den wichtigsten Ländern der Welt bezüglich Abhörstationen. Die Abhörstationen Lerkil in Südschweden und Lovön, nicht weit von Stockholm entfernt, wurden bisher aber durch die schwedischen Massenmedien nicht thematisiert.



Screenshot aus YouTube-Video

Schweden ist zudem ein wichtiger Partner für die USA und Großbritannien, wenn es um Netzspionage geht. Schweden kontrolliert die Kommunikationskabel durch die Ostsee. Bereits 1949 wurde mit den Staaten des 1946 abgeschlossenen Geheimabkommens *Five Eyes* (USA, Großbritannien, Australien, Neuseeland und Kanada) ein „Third Party“-Kooperationsvertrag abgeschlossen.

In Lovön befindet sich das Zentrum des Senders *Defence Radio*. Dieses Zentrum überwacht den gesamten Datenverkehr, der durch die schwedischen Grenzen fließt und bei dem sich der Empfänger oder der Absender außerhalb der schwedischen Grenzen befindet. Das Abhörzentrum Lerkil (südlich von Göteborg) ist eine Satelliten-Kommunikationsstation für Spionagezwecke und in die *Five Eyes*-Spionage eingebunden.

US-/NATO-Übungen im hohen Norden

Unweit der russischen Grenze auf norwegischem und manchmal auch auf schwedischem Boden werden Kriegsübungen der USA und der NATO durchgeführt, mit Namen wie *Cold Response* und jeweils über 10.000 Soldaten. In Südschweden werden ähnliche Kriegsspiele über der Ostsee um die Insel Gotland ausgetragen. Die USA haben zudem Militärstützpunkte im Baltikum und in Polen eingerichtet. Fast täglich finden dort Kriegsübungen statt, über die in den schwedi-

schen Medien nicht berichtet wird. Aber das „gefährliche Russland“ wird als eine große Bedrohung dargestellt.

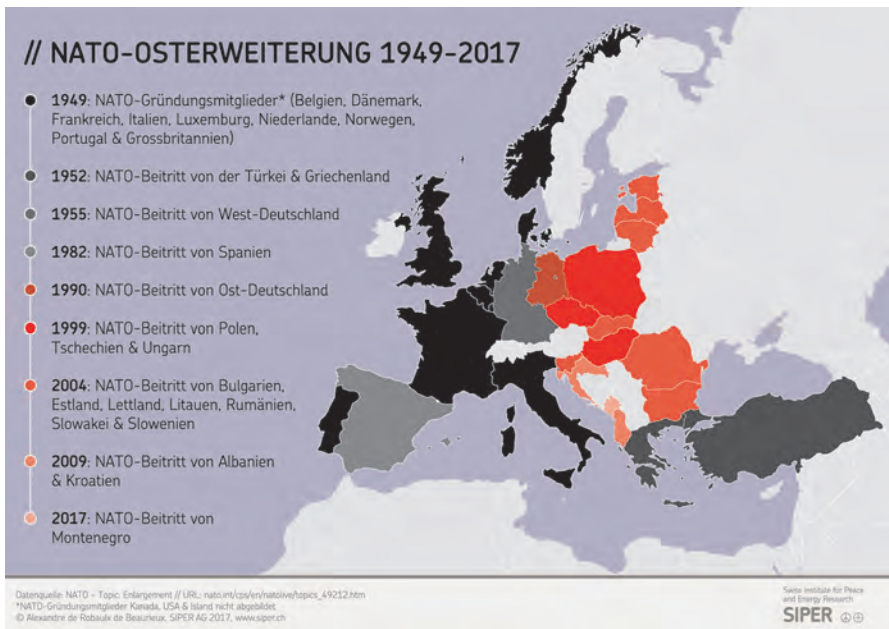
Ende August 2014 unterzeichnete die schwedische Regierung ein Abkommen mit der NATO zwecks „Unterstützung des Gastgeberlandes“. Dieses Abkommen bedeutet: In einer Kriegs- oder Krisensituation verzichtet Schweden auf die nationale Souveränität. Die NATO kann bestimmen, was an Truppen und Kriegsmaterial in unserem Land eingesetzt werden soll.

Wir als Friedensbewegung in Schweden verlangen von der Regierung die Aufhebung dieses Abkommens sowie die Wiederherstellung von bündnisfreier Politik und militärischer Neutralität.

Video-Aufzeichnung des Vortrages am 9.9.2017 in Kaiserslautern unter:

<https://youtu.be/bM4x-b35bx0?t=3499>

Weitere Infos: Frednu.se



Cyberkrieg im Ostseeraum

von Dave Webb, CND und Global Network Against Weapons and Nuclear Power in Space, Großbritannien (Bericht aus Schweden)



Foto: Dave Webb vor der Abhörstation Oahu auf Hawaii
Quelle: <http://space4peace.org>

Im Februar 2017 habe ich an einer eintägigen Konferenz zum Thema *Make the North a Zone of Peace!* teilgenommen habe, die vom schwedischen Friedensrat und dem *Global Network Against Weapons and Nuclear Power in Space (space4peace)* organisiert wurde. Die Konferenz war die Idee von Agneta Norberg, einer sehr aktiven Kämpferin im

schwedischen Friedensrat, dem Netzwerk und vielen anderen Gruppen. Es war auch ihr 80. Geburtstag und so gab es in diesem Rahmen viele Ehrungen für ihre erstaunliche Arbeit. Die Idee hinter der Konferenz war, den wachsenden Militarismus der skandinavischen Staaten hervorzuheben. Zu den Referenten zählten Bruce Gagnon (USA), Regina Hagen (Deutschland) und ich von *space4peace*; Bard Wormdal (Norwegen) und Kerstin Tuomala (Finnland).

Obwohl wir diese Länder oft als große Unterstützer von Friedensinitiativen mit progressiven, friedensliebenden Regierungen ansehen, sind die Regierungen eigentlich nicht mehr so fortschrittlich und werden überzeugt, sich den militärischen Übungen der USA/NATO anzuschließen und sich mehr und mehr in die militärischen Systeme der NATO einzugliedern.

Raumfahrtzentrum Esrange

Die Satellitenstation Kiruna in Nordschweden wird von der Europäischen Weltraumorganisation ESA (*European Space Agency*) intensiv genutzt, wobei der Routinebetrieb vollständig automatisiert und vom Europäischen Raumfahrt-Kontrollzentrum (ESOC) in Deutschland aus gesteuert wird. Viele dieser Operationen haben eine militärische Anwendung für die USA oder die NATO und viele werden von schwedischen Unternehmen und der Regierung unterstützt oder bereitgestellt. In der Nähe von Kiruna befindet sich das Raumfahrtzentrum Esrange, ein Teil des

nordeuropäischen Raumfahrt-Testgeländes NEAT (*North European Aerospace Test Range*) mit einer Fläche von 24.000 Quadratkilometern in Nordschweden. NEAT ist Europas größtes Testgelände für Luft- und Raumfahrtsysteme und umfasst auch die Drohnen- und Raketentestserie Vidser. Esrange ist auch eine große Satelliten-Empfangsanlage, durch die das Militär riesige Datenmengen einbringt.

Cyberwar-Projekte auf dem Vormarsch

Die Ostsee wird immer mehr zum Schauplatz einer neuen Art von Wettrüsten: dem Cyberkrieg. 2016 beschloss die NATO in Warschau, den Cyberspace neben Luft, Land und Meer als einen operativen Bereich zu definieren. So können Cyberangriffe gegen NATO-Länder möglicherweise eine militärische Reaktion nach Artikel 5 auslösen, was die Wahrscheinlichkeit erhöht, dass die NATO kollektive militärische Maßnahmen ergreift. Allerdings ist es nicht einfach, die Ursache von Cyberangriffen zu bestimmen, technische Beweise dafür werden nur selten vorgelegt. Cyberwarfare und Hacking-Techniken werden nicht nur eingesetzt, um technische Installationen anzugreifen, sondern liefern auch falsche Informationen als Propaganda für Regierungen, Medien und Unternehmensinteressen. Schweden beteiligt sich an einem US-amerikanischen Cyberwar-Projekt mit dem Namen Quantum und einer seiner Operationen, bekannt als WINTERLIGHT, welche das Hacken gezielter Computersysteme und das anschließende Abfangen, Umleiten und Manipulieren von Daten beinhaltet.

Schweden an NATO-Kompetenzzentren beteiligt

Im Jahr 2014 unterzeichneten Lettland, Estland, Deutschland, Italien, Litauen, Polen, Großbritannien und Deutschland ein Memorandum zur Gründung eines StratCom-Kompetenzzentrums in Riga (Lettland) - Schweden trat 2015 bei. Eine Reihe dieser US/NATO-StratComs gibt es in Europa und Skandinavien, und ein weiteres Center of Excellence für *Cold Weather Operations* ist im Norden Norwegens tätig.

Die westlichen Regierungen und Medien behaupten weiterhin, dass die Zunahme der militärischen Aktivitäten der USA und der NATO sowie die Errichtung von Stützpunkten entlang der osteuropäischen und skandinavischen Grenzen als Reaktion auf Russlands Aktionen in der Ukraine und in Kaliningrad zu werten sei. Russland sieht darin jedoch das weitere Vordringen von NATO- und US-Militärstützpunkten an die eigene Grenze als Widerspruch zu Vereinbarungen nach Ende des Kalten Krieges 1990.

Quelle: <https://yorkshirecnd.org.uk/dave-webbs-report-stockholm/>

Weitere Infos: <http://www.space4peace.org/>

Shannon: Militarisierung eines Zivilflughafens

von John Lannon, Shannonwatch (Irland)

Irland ist ein neutrales Land!



Der Regionalflughafen Shannon Airport, an der Westküste Irlands gelegen, ist seit langem ein transatlantisches Tor zwischen Europa und den USA. Diese Region erlebte in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts eine gewisse Prosperität, zum einen durch blühenden Tourismus und zum anderen durch die weltweit erste zollfreie Industriezone. Seit dem Jahrhundertwechsel schwächtelt diese allerdings, was sich auch bei dem Flugverkehr auf dem Shannon Airport bemerkbar machte.

Der irischen Regierung war es deshalb willkommen, den nach dem 11.9.2001 von den USA ausgerufenen "Krieg gegen den Terror" mit der Bereitstellung des Shannon Airports für Transitflüge von Invasionstruppen zu unterstützen.

Damit wurde dieser in den Jahren 2002 und 2003 zum US-Vorposten. Die meisten Truppentransporte über Shannon erfolgten 2005 mit über 340.000 Soldaten, aktuell liegt diese Zahl bei etwa 50.000 im Jahr.

Da sich hiergegen Widerstand in der irischen Bevölkerung regte – vor allem wegen der offensichtlichen Preisgabe der bis dahin gewährten Neutralität des Landes – wurde das ganze Ausmaß dieser Unterstützung von der irischen Regierung verschleiert bzw. hinter Halbwahrheiten verdeckt.

Daran hat sich bis heute prinzipiell nichts geändert, auch wenn mittlerweile eine andere Parteienkonstellation mit anderen Politikern in Irland regiert.

Ausdruck des Widerstandes der irischen Bevölkerung waren auch die Volksabstimmungen um die EU-Verträge in den Jahren 2001 (Nizza-Verträge) und 2008 ("Lissabon-Fahrplan"), wo sich jeweils die Mehrheit gegen diese Festlegungen entschied, die ja auch die EU-Militarisierung beschleunigen sollten.

Auch deshalb besteht bis heute die Forderung nach Beendigung der militärischen Nutzung und einer gesetzlich verbindlichen Neutralität. Getragen wird diese Forderung von der Peace and Neutrality Alliance (PANA).

Als Mitglied der PANA ist Shannonwatch als eine Gruppe von Friedens- und Menschenrechtsaktivisten aus dem mittleren Westen Irlands aktiv vor Ort mit monatlichen Mahnwachen und überwacht auch kontinuierlich alle militärischen Flugbewegungen.

Illegale Überführungen

Zahlreiche Berichte bestätigen die Nutzung des Flughafens Shannon durch CIA-Flugzeuge, die an illegalen Überführungen beteiligt waren.

Unter anderem hat Amnesty International derartige Flüge bzw. Flugzeugtypen identifiziert, die auch für Transporte nach Guantanamo verwendet wurden.

Shannonwatch hat bisher 22 solcher Flüge über Shannon registriert und die Informationen an die Behörden weitergeleitet. Von deren Seite gab es jedoch bisher nur knappe Rückmeldungen, aus denen hervorging, dass kein Handlungsbedarf gesehen werde.



Foto aus Shannon Aripport and 21st century war

Regierungspolitik: Vertuschungen und falsche Versprechungen

Im Jahr 2008 hat die damalige Regierung einen Untersuchungsausschuss eingesetzt, um die rechtliche Aspekte der Nutzung von Shannon zu prüfen, jedoch ohne eine Ergebnis in der Menschenrechtsbewertung der US-Aktivitäten.

Ende 2011 gab es für uns neue Hoffnung, als die damals neue Regierung in ihrem Regierungsprogramm auch die Forderung nach Durchsetzung des Verbots der Nutzung des irischen Luftraums, der Flughäfen und zugehöriger Einrichtungen für völkerrechtswidrige Zwecke aufgenommen hatte. Doch trotz dieser Absichtsbe-kundungen ist bisher nichts passiert.

Tödliche Risiken: Umschlagplatz für Kriegsmunition

Ein weiterer Aspekt ist der Transport von Munition über Shannon, der eine Gefahr für Gesundheit und Sicherheit der am Flughafen beschäftigten Menschen darstellt. Hier greift die Chicago-Konvention der Zivilluftfahrt von 1944, die festlegt, dass keine Kriegsmunition über Territorien fremder Länder transportiert werden darf, wenn nicht eine ausdrückliche Erlaubnis des jeweiligen Landes hierfür vorliegt. 2016 gab es seitens des US-Militärs diesbezüglich 873 Anträge, die alle vom irischen Minister für Transportwesen genehmigt wurden.

Direkte Kriegsunterstützung durch die irische Regierung

Irland leistet letztlich einen direkten Beitrag bei Konflikten und Kriegen an mehreren Fronten. Bereits seit 2002 stellte Irland Truppen im Rahmen des ISAF-Kontingentes in Afghanistan zur Verfügung, eine UN-mandatierte Operation, die aber faktisch der US-Operation *Enduring Freedom* untergeordnet war.

Des Weiteren ist Irland auch immer stärker an der Entwicklung, Produktion und Vermarktung von Waffen und Munition beteiligt. Irische Unternehmen sind mittlerweile stark als Rüstungsexporteure im Geschäft.

Seit 2008: Kontinuierliche Mahnwachen vor Ort

Shannonwatch hat es sich zum Ziel gesetzt, die militärische Nutzung des Flughafens Shannon durch die USA zu beenden, Überstellungsflüge durch den Flughafen zu stoppen und sowohl von den zuständigen irischen Behörden als auch von den politischen Führern Rechenschaft über die Verantwortlichkeit zu erlangen. Als Mitglied der PANA unterstützt sie aktiv ihre Kampagne gegen die Integration Irlands in die USA und andere militärische Strukturen, insbesondere den Einsatz des Shannon Airport durch das US-Militär auf dem Weg zu und von ihren Kriegen in Afghanistan und Irak. Der Widerstand vor Ort wird organisiert von Shannonwatch mit re-

regelmäßigen Mahnwachen an jedem zweiten Sonntag im Monat - seit Januar 2008. Dabei wird an die unerwünschte militärische Präsenz der USA auf dem Flughafen erinnert und von der Politik Irlands Rechenschaft über die damit unterstützte Kriegspolitik der USA im Nahen Osten gefordert.

Die Mahnwachen müssen außerhalb des Flughafens stattfinden, da die Polizei die Proteste direkt am Terminalgebäude nicht zulässt. Dieses hat aus unserer Sicht keine rechtliche Grundlage und wird von uns als Einschränkung unserer bürgerlichen Freiheiten angesehen. Dennoch ist es ein anhaltendes Merkmal der Reaktion der Behörden auf den sichtbaren Widerstand gegen die Militarisierung des Flughafens Shannon.

Die Flughafengesellschaft versucht seit Jahren in ihrer Öffentlichkeitsarbeit darzustellen, dass das US-Militär gut für das Geschäft sei und sogar die "DNA von Shannon" darstelle.

Trotzdem versammeln sich regelmäßig an jedem zweiten Sonntag im Monat um 14.00 Uhr in Shannon Menschen aus Limerick, Clare, Galway, Dublin und anderen Teilen des Landes, um die Öffentlichkeit an die Mitschuld des Flughafens am Krieg zu erinnern.

Für die Protestierenden und die sehr vielen Menschen, die sie unterstützen, werden Tötungen, Bombardierungen und Folter wegen der dabei vorhandenen Mitschuld des Flughafens niemals als DNA von Shannon akzeptiert werden.

Weitere Infos: www.pana.ie / www.shannonwatch.org



Roger Cole (PANA), Aengus Ó Snodaigh (Sinn Féin) und Edward Horgan (Shannonwatch), Quelle: Flickr

Menwith Hill: Keine Legitimation für illegale Abhörstation

von Dave Webb, CND (Großbritannien)

Großbritannien ist mit einigen Militärbasen weltweit vertreten, überwiegend als Überbleibsel des British Empire. Dazu gehören die Falkland Inseln, Gibraltar, Brunei, Kenia und Brunei. Strategisch bedeutsam ist vor allem die Militärbasis auf Diego Garcia im Indischen Ozean, die auch von den USA mit genutzt wird. Durch die Beteiligung an NATO-Einsätzen sind britische Soldaten auch in Afghanistan und dem Irak vertreten. Eine Aufstockung der Präsenz im Ausland erfolgt derzeit im Baltikum.

Warum sind US Militärbasen in Großbritannien?

Die US-Militärpräsenz hat ihren Ursprung im zweiten Weltkrieg. Nach Gründung der NATO wurde diese Präsenz fortgeschrieben mit dem Abkommen von 1951 über *Status of Forces Agreement* (SOFA) und dem *Visiting Forces Act* von 1952, mit dem das vorgenannte Abkommen in Gesetzesform gebracht wurde.

Das 1966 auf Veranlassung des französischen Präsidenten de Gaulle erfolgte Ausscheiden Frankreichs aus den militärischen Strukturen der NATO war wohl für die USA eine Triebkraft dafür, die in Großbritannien vorhandenen Militärbasen aufrecht zu erhalten und weiter auszubauen. Schließlich existierten in den 90er Jahren etwa 100 Liegenschaften des US Militärs, die mittlerweile auf etwa ein Dutzend reduziert worden sind. In der breiten Öffentlichkeit wurde aber bisher kaum hinterfragt, aus welchen Gründen immer noch etwa 10.000 US-Militärangehörige auf der britischen Insel vorhanden sind. Dieses muss auch vor dem Hintergrund gesehen werden, dass wiederum die noch vorhandenen britischen Stationierungsorte in Deutschland bis 2020 komplett aufgegeben werden, womit die historisch begründete Militärpräsenz endgültig der Geschichte angehört.

NSA-Spionagezentrum Menwith Hill

Menwith Hill ist eine US-Militärbasis im landschaftlich reizvollen Nidderdale („Area of Outstanding Natural Beauty) und grenzt an den Yorkshire Dales Nationalpark an. Das Areal wurde 1954 vom Kriegsministerium zwangsrekrutiert. 1956 begannen die Bauarbeiten für die US Visisting Forces, trotz Ablehnung der einheimischen Bevölkerung. Betreiber der Militärbasis ist die NSA, offiziell verantwortlich ist aber die US Air Force. Menwith Hill ist Teil eines globalen Netzwerks von Signal Intelligence (SIGINT) Basisstationen und ein wichtiges regionales Zentrum für die

NSA-Überwachung und Überwachung der weltweiten Kommunikation. Verschlüsselte und verschlüsselte Informationen werden an das NSA-Hauptquartier in Fort Meade in Maryland, USA, weitergeleitet. [Anmerkung: siehe Beiträge über Schweden].

Die Mehrzahl der Gebäude und Einrichtungen in Menwith Hill (wie alle US-Basen) sind US-Eigentum und der Bau wird von den USA bezahlt. Bis heute gibt es 33 Radome (weiß bedeckte Satellitenschüsseln, die wie riesige Golfbälle aussehen). Die Basis ist im Laufe der Jahre gewachsen. Im Jahr 2012 wurde eine bedeutende Entwicklung und ein bedeutender Ausbau der hochentwickelten Betriebsanlagen, bekannt als Project Phoenix (52 Mio. £), abgeschlossen.



Radom in Menwith Hill, Quelle: Wikipedia

Menwith Hill ist die größte Aufklärungs-, Abhör- und Überwachungsbasis außerhalb der USA. Es ist Drehscheibe des globalen Echelon-Überwachungssystems für diplomatische, militärisch und wirtschaftlich US-Interessen. Was dieses im einzelnen bedeutet, wurde 2013 von Edward Snowden enthüllt. In den von ihm der Öffentlichkeit zugänglichen Dokumenten wird Menwith Hill gleich mehrfach erwähnt.

Die Geheimaktivitäten in Menwith Hill sind nicht rechenschaftspflichtig gegenüber der britischen Regierung. Nachdem Edward Snowden Tausende von Dokumenten enthüllte, gab es in der Presse viele Debatten über die mangelnde parlamentarische Kontrolle US-Basen im Allgemeinen und der NSA (in Menwith Hill) im Besonderen. Der parlamentarische Kontrollausschuss für Geheimdienste in Großbritannien (*Intelligence and Security Committee - ISC*) hat jedoch ein Auge auf Menwith Hill. Dieser Kontrollausschuss hat jedoch nur einen begrenzten Zugang zu Menwith Hill – die US-Behörden entscheiden selbst, wie viel sie preisgeben. Einigen Unterhaus-Abgeordneten wurde sogar der Zugang zu Menwith Hill verweigert.



Menwith Hill Day of Action 2011, Quelle: Flickr

Campaign for the Accountability of American Bases

Die CAAB entstand 1992 aus der langjährigen Protestkampagne gegen die US-Militärbasis in Menwith Hill bei Harrogate, North Yorkshire; die Einheimischen äußerten ihre Besorgnis über die Ankunft der US-Armee in Menwith Hill im Jahre 1951. Wir haben den Widerstand vieler Menschen in den Jahren seit der Anwesenheit der *US-Visiting Forces* in Großbritannien weiter ausgebaut.

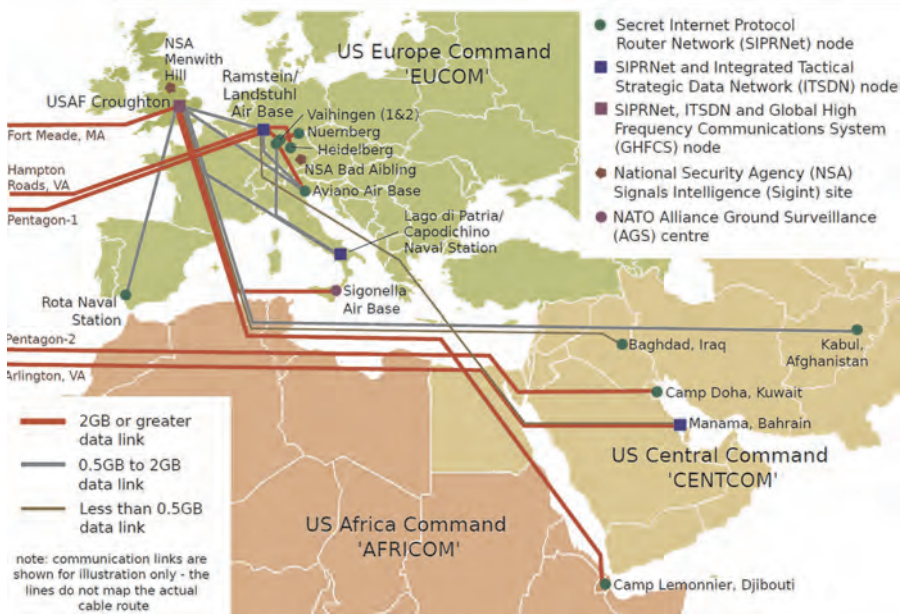
Jeden Dienstagabend um 20 Uhr gibt es eine Demonstration vor dem Haupteingang von Menwith Hill - mittlerweile bereits mehr als 10 Jahre.

Unser Ziel ist es, das US-Militär zurückzuschicken und auch den Kampf gegen deren weltweite Präsenz zu unterstützen.

Die *Menwith Hill Accountability Campaign* arbeitet mit Kampagnen gegen andere US-Militärbasen in Großbritannien und der ganzen Welt zusammen. Wir hoffen, damit das Bewusstsein für die Existenz der Militärbasen auf möglichst vielfältige Weise zu schärfen.

Viele „RAF“-US-Militärbasen mit speziellen Funktionen

US-Militärbasen finden sich über das ganze Land verteilt, werden aber alle als RAF (*Royal Air Force*) bezeichnet, obwohl sie faktisch unter US-Kontrolle stehen.



Grafik aus Komplettdokumentation über britische Militärbasen weltweit und US-Basen in Großbritannien. Quelle abrufbar unter: <https://www.ramstein-kampagne.eu/wp-content/uploads/2017/10/US-bases-in-the-UK.pdf>

Besonders hervorzuheben ist neben Menwith Hill noch Croughton, als Teil von Washingtons globalem militärischem Führungssystem, Croughton wurde ursprünglich eingerichtet, um einen Angriff von US-Atombombenangriffen zu koordinieren. Seitdem hat es sich zu einer hochmodernen Relaisstation für einige der sensibelsten Objekte Washingtons entwickelt, darunter auch die Kommunikation von CIA-Agenten. USAF Croughton als Relaisstation der CIA beherbergt die 422. Air Base Group, deren Aufgabe es ist, Installationsunterstützung, Dienstleistungen, Schutz der Truppen und weltweite Kommunikation über das gesamte Spektrum des Einsatzes zu gewährleisten. Croughton wurde in den Snowden-Dokumenten genannt. Die Basis verfügt über eine gesicherte Datenverbindung zu einer US-Antiterrorereinheit in Dschibuti, die für Drohnenangriffe in Jemen genutzt wird.

Weitere Infos: www.themhac.uk

No MUOS: Sizilianische Friedens- und Umweltbewegung



Demonstration am 13.3.2013 vor Ort, Quelle: Flickr

Aachener Friedenspreis 2017 für No MUOS

No MUOS ist eine sizilianische Bewegung gegen Militarismus, die für eine Entmilitarisierung Siziliens mit seinen zahlreichen US- und NATO-Stützpunkten und insbesondere für eine Schließung der sich auf einem US-Militärstützpunkt befindlichen Radar- und Sendeanlagen des neuen Satellitenkommunikationssystems *Mobile User Objective System* (MUOS) kämpft. No MUOS kritisiert, dass das Satellitenkommunikationssystem MUOS mit seinen Überwachungs- und Aufklärungstechnologien sowohl den Weltfrieden als auch die Umwelt und die Gesundheit der einheimischen Bevölkerung bedroht.

No MUOS formierte sich 2009 aus den ersten Protesten gegen das geplante neue Satellitenkommunikations-System. An der ersten Demonstration 2011 beteiligten sich bereits mehrere hundert Menschen. Ein Jahr später, am 30. März 2012, waren es schon 20.000. No MUOS genießt großen Rückhalt in der Bevölkerung

und wehrt sich seither mit zahlreichen Protestformen gegen die italienischen, US-amerikanischen und NATO-Militärstrukturen auf Sizilien, die sowohl in Kriegseinsätze als auch in die tödliche EU-Migrationspolitik eingebunden sind. Sie wehren sich dagegen, Sizilien als Vorposten einer hochtechnologisierten Vergrenzung und Militarisierung des Mittelmeeres auszubauen, und treten stattdessen für Frieden und Völkerverständigung ein, wollen das Mittelmeer als einen lebendigen Raum des Austauschs erhalten.

No MUOS organisiert regelmäßig Demonstrationen, Kundgebungen, Straßenblockaden, Streiks, Informationskampagnen und Aktionen des zivilen Ungehorsams, bei denen AktivistInnen in das Gelände eindringen und die Antennen der Kommunikationsanlage besetzen. Darüber hinaus geht No MUOS auch mit gerichtlichen Schritten auf unterschiedlichen Ebenen gegen die Aktivierung des MUOS vor und schafft mit Filmen, Büchern, Musik und Fotografieausstellungen zu den Militärstrukturen eine antimilitaristische Öffentlichkeit.

Durch ihre intensiven Recherchen zur militärischen Rolle der auf Sizilien verorteten Technologien und Strukturen visualisiert die Bewegung No MUOS die Überwachungs- und Aufklärungstechnologien, die essenziell in der modernen Kriegsführung und Migrationsabwehr sind. Getreu dem Motto „*Krieg beginnt hier!*“ zeigen sie, von welchen Anlagen die Funktionstüchtigkeit der jeweilige Militärapparat abhängt und wie verletzlich dieser ist, sobald sich vor Ort organisierter Protest etabliert.

Was neben der militärischen Bedrohung viele No MUOS-AktivistInnen zur Teilnahme an den Protesten antreibt, ist auch die Sorge um ihre Gesundheit und den Fortbestand des berühmten Korkeichenwaldes von Niscemi. Das von der Militärbasis ausgehende starke elektromagnetische Feld beeinträchtigt laut einer wissenschaftlichen Studie der Universität Turin tatsächlich die Gesundheit der AnwohnerInnen, das Ökosystem und die Qualität der Agrarprodukte. So ist unter anderem eine deutliche Zunahme von Schilddrüsen- und Hodenkrebs sowie Leukämie und anderen alarmierenden Krankheiten bei der örtlichen Bevölkerung zu verzeichnen.

Was ist MUOS und worum geht es?

Das Satellitenkommunikationssystem MUOS ist ein zentraler Eckpfeiler der modernen weltweiten Kriegsführung und als solcher für die weltweiten Einsätze der USA und ihrer NATO-Verbündeten von entscheidender Bedeutung. Die Radar- und Sendeanlage der umzäunten US-amerikanischen *Naval Radio Transmitter Facility-8* (NRTF-8) und das 2017 aktivierte Satellitenkommunikationssystem MUOS befinden sich nahe der ca. 30.000 Einwohner zählenden Kleinstadt Niscemi im Südosten Siziliens. MUOS ermöglicht die Kommunikation nicht nur der Kriegsschiffe und

U-Boote im Mittelmeerraum, sondern zwischen allen militärischen Einheiten der Boden-, Luft- und Seestreitkräfte weltweit und ist damit ein zentrales Kriegsinstrument, nicht zuletzt im Rahmen der Automatisierung von Kriegen, sprich des zunehmenden Einsatzes von Drohnen.

Teil eines globalen militärischen Operationsnetzwerkes

Niscemi ist zusammen mit Kojarena (Australien), Northwest Chesapeake (Virginia/USA) und Wahiaw (Hawaii) Teil eines globalen Kommunikationsnetzwerks, das vier Satelliten (und einen Ersatzsatelliten) verbindet und die netzwerkzentrierte Operationsführung der USA und ihrer Verbündeten weltweit ermöglicht. Die Kosten des Systems betragen mindestens 7,4 Mrd. Dollar. Die Datenübertragungskapazität, die in der heutigen Form der Kriegsführung eine zunehmend wichtige Rolle spielt, soll durch MUOS gegenüber dem bisher genutzten System um das Zehnfache gesteigert werden. Diese Erhöhung der Kapazitäten wird insbesondere durch den zunehmenden Einsatz unbemannter Flugkörper nötig. MUOS soll durch die Beschleunigung der Datenübertragung die Lenkung und Kontrolle von Drohnen verbessern und somit ihre Einsatzfähigkeit als Kampf- oder Überwachungsdrohnen ausweiten.

Diese hochentwickelte Technologie wird auch vermehrt zur Migrationskontrolle an den EU-Außengrenzen genutzt. Drohnen werden u.a. vom Grenzüberwachungssystem EUROSUR und von der EU-Militärmission EUNAVFORMED im Kampf gegen Schmuggler verwendet. Zur Rettung Schiffbrüchiger tragen sie hingegen offensichtlich wenig bei, wie die (offizielle) Zahl von 5.083 ertrunkenen MigrantInnen 2016 der IOM unterstreicht. Im Gegenteil zwingt die stark militarisierte Migrationskontrolle, die ihre Überwachungskapazitäten stetig erhöht, die MigrantInnen zu immer riskanteren Strategien der Mittelmeerüberfahrt mit oft tödlichen Folgen.

Gemeinsam gegen die Vergrenzung und Militarisierung des Mittelmeers!

Es ist mehr als bemerkenswert, dass sich in einer strukturschwachen Region wie dem Südosten Siziliens, wo darüber hinaus mit den militärischen Infrastrukturen durchaus zusammenhängend verschiedene Mafiaorganisationen aktiv sind, eine derart starke zivilgesellschaftliche Protestbewegung wie No MUOS formierte.

Seit 2017 sieht sich No MUOS überdies mit zahlreichen Herausforderungen konfrontiert: Seit Ende 2016 ist das MUOS operativ, obwohl noch das Urteil des Gerichts Caltagirone zur unrechtmäßigen Bautätigkeit aussteht. Bisher wurden für das Jahr 2017 Gerichtsprozesse gegen mehr als 126 AktivistInnen angekündigt und

die im Laufe der Zeit erstandenen finanziellen Kosten erschweren der Bewegung momentan ihre weitere Entwicklung.

Öffentliche Aufmerksamkeit, Anerkennung und Solidarität werden No MUOS helfen, mit der zunehmenden staatlichen Repression umzugehen und sich weiterhin mutig für eine Demilitarisierung Siziliens und des Mittelmeers einzusetzen. Von zentraler Bedeutung ist es auch, europaweit zu unterstreichen, dass die Vergrenzung und Militarisierung des Mittelmeers nicht dem Willen der dortigen Bevölkerung – ob an den Nord- oder an den Südküsten - entspricht.

Ein Aktivist erklärt zu Recht: „*Dies ist nicht nur unser Kampf, sondern der von allen!*“ Was No MUOS braucht, ist internationale Solidarität und internationale Öffentlichkeit. Denn der Kampf, den No MUOS vor Ort führt, ist ein Kampf, den sie stellvertretend für uns alle führen, die wir uns gegen die zunehmenden Kriegseinsätze wehren wollen - die vielfach als „humanitäre Einsätze“ verklärt werden, in Wahrheit aber neben hegemonialen Interessen keinem anderen Zweck als der der Rohstoff- und Energiesicherung dienen.

Die Verleihung des Aachener Friedenspreises ist ein wichtiges Zeichen zur Stärkung der Gruppe durch ebenjene Solidarität und Öffentlichkeit und ebenso ein wichtiges Signal im Kampf gegen das MUOS und die damit einhergehende zunehmende Entfesselung von Kriegen.

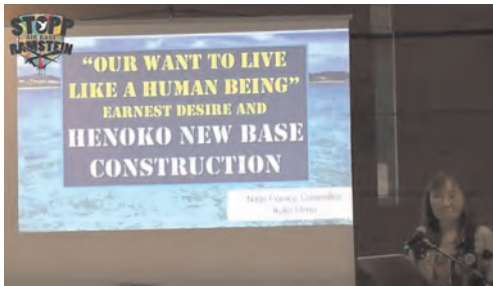
Quelle. <http://www.aachener-friedenspreis.de/preistraeger/archiv/jahr-2017.html>



Okinawa: „Kein Korn Sand für den Krieg“

von Kukuko Ueno, Secretary General of Nago City Peace Committee (Japan)

Okinawa: Von der US-Kolonie zur neokolonialen Abhängigkeit



Screenshot von Vortrag

Okinawa ist Japans südlichste Prä-fektur, mit 363 Inseln, etwa 500 Kilometer von der japanischen Hauptinsel und am südöstlichen Ende nur 125 km von Taiwan entfernt. Insgesamt leben dort 1,4 Millionen Menschen. Eine Präsenz auf Okinawa durch US-Militär gibt es seit dem Endkampf des zweiten Weltkrieges, wo auf Okinawa in ei-

ner heftigen Schlacht ein Viertel der Zivilbevölkerung getötet wurde. Seitdem gibt es auf Okinawa mehrere US-Militärbasen. Sowohl im Koreakrieg wie auch im Vietnam-Krieg war Okinawa ein unverzichtbarer Stützpunkt für die Kriegsführung.

Nachdem Okinawa 1952 mit dem Friedensvertrag von San Francisco von Japan an die USA abgegeben werden musste, gelangte es erst 1972 wieder unter japanische Souveränität. Jedoch verblieben fast 20% der Inselfläche für US-Militärbasen okkupiert. Gemäß dem Abkommen zwischen Japan und den USA über die gemeinsame Zusammenarbeit und Sicherheit sind zwei Drittel der US-Armee- und Marin-basen auf Okinawa angesiedelt. Sie bilden neben den Einheiten auf Guam die Speerspitze des Pentagons im Westpazifik – zwischen China, Taiwan und Japan. Für die USA ist das Archipel, das sich in Richtung Taiwan erstreckt, ein perfekter Beobachtungspunkt, von dem aus die Präsenz der chinesischen Marine kontrolliert werden kann.

Mehr als die Hälfte der 43.000 US-Militärangehörigen in Japan sind auf der Insel stationiert. Zusammen mit ihren Familienangehörigen und Zivilisten leben deshalb heute ca. 45.000 US-Amerikaner auf Okinawa. Okinawa stellt nur 0,6 Prozent des japanischen Territoriums dar, trotzdem befinden sich dort 74 Prozent der US-Militär-objekte und mehr als die Hälfte aller US-Streitkräfte in Japan.

Massive Proteste gegen die US-Militärpräsenz auf Okinawa gab es von Anbeginn, in den 50er Jahren vor allem durch die Okkupation von Landflächen über erzwun-gene Pachtverträge. Einen Höhepunkt erreichten diese im Juli 2016, wo etwa 65.000 Menschen gegen die US-Militärpräsenz demonstrierten. Auslöser waren

wiederholte Vergewaltigungen durch US-Soldaten, die gemäß dem geltenden Truppenstationierungs-Abkommen weitgehend vor der Verfolgung durch die japanische Justiz geschützt sind. Konkreter Anlass für diese Demonstration war der Mord eines US-Army-Angehörigen an einer Japanerin.

Bereits 1995 wurde die Insel bereits von ähnlich massiven Proteste erschüttert, als ein zwölfjähriges Mädchen von drei US-Soldaten auf brutale Weise entführt und vergewaltigt worden war und die Eltern den Mut hatten, dieses zur Anzeige zu bringen. Seitdem gibt es Verhandlungen zwischen der japanischen Regierung und der US-Regierung, die Futenma-Militärbasis – mitten im Stadtzentrum von Ginowan gelegen – zu schließen. Allerdings wurde die schon seit langem getroffene Grundsatzvereinbarung daran geknüpft, eine neue Militärbasis als Ersatz hierfür zu errichten.



Langjähriger Kampf gegen neue Militärbasis Henoko

Deshalb bestehen bereits sehr lange Pläne der USA, ihren Luftstützpunkt in einen dünner besiedelten Teil der Inselgruppe zu verlagern. Im Umfeld des Küstendorfes Henoko sind bereits zwei US-Militärbasen vorhanden. Mit der vorgesehenen neuen Militärbasis würden gravierende Umweltschäden verursacht, vor allem durch die Zerstörung vorhandener Korallenriffe vor der Küste. In der Henoko-



Fotos: Planning Department Nago City Office

Bucht leben 5.800 Tierarten, wovon bereits zahlreiche vom Aussterben bedroht sind.

Die hier vorgesehene Start- und Landebahn soll Offshore gebaut werden soll. Dazu wären aber 35 Millionen Tonnen Erde und Sand ins Meer zu schütten. Der größte Teil dieser Masse müsste zudem von außen transportiert werden. Auch dort gibt es bereits Protestaktionen mit dem Motto: „Kein Korn Sand für den Krieg“.

Kriminalität durch US-Militär als koloniales Gewohnheitsrecht

Häufig kommt es zu Abstürzen von Flugzeugen und Hubschraubern in Wohngebieten. So stürzte 1959 ein US-Kampffjet in eine Grundschule, was 17 Tote und Hunderte von teilweise Schwerverletzten als Opfer zur Folge hatte.

Neben den statistisch einmal pro Jahr erfolgenden Abstürzen von Flugzeugen oder Helikoptern gibt es noch ein Mehrfaches an Fällen von Notlandungen und herabfallenden Teilen, die ebenfalls seit 1972 statistisch erfasst sind. Damit besteht eine ständige Bedrohung der Bevölkerung durch immer wieder zu erwartende Unfälle.



Zehntausende Einwohner auf Okinawa protestierten am 19.6.2016 gegen die dortigen Militärbasen, Quelle: Toru Yamanaka, Getty Images

Noch gravierender ist die Statistik, welche den bereits genannten Massenprotest 2016 verständlich macht. Danach wurden von 1972 bis 2015 fast 6000 einzelne kriminellen Handlungen durch US-Militär statistisch erfasst, darunter auch zahlreiche Gewaltverbrechen und Vergewaltigungen.

Diese hohe Kriminalitätsrate kann als Relikt aus der Kolonialzeit zwischen 1952 und 1972 gesehen werden, wo den Einwohnern von Okinawa Menschenrechte vorenthalten und Gewaltakte von US-Militärs nicht geahndet wurden. Der daraus resultierende Kampf der Bevölkerung um Menschenwürde und Souveränität unter einer demokratischen Verfassung führte schließlich auch 1972 zur Rückgabe Okinawas an Japan. Obwohl seitdem die japanische Verfassung auf Okinawa gilt, ermöglichen es die Festlegungen des Stationierungsabkommens, dass US-Militärs für Gewaltakte außerhalb des Militärgeländes nie bestraft wurden.

Bei den letzten Kommunalwahlen in der Provinzstadt Nago (ca. 60.000 Einwohner) und den Provinzwahlen der Präfektur Okinawa gab es klare Siege der Kandidaten, die als Gegner der US-Militärpräsenz auftraten.

Wir protestieren jetzt gegen den Baubeginn der Henoko Air Base mit Sitzblockaden, mit denen wir die Baublockaden behindern können, weil etwas 200 Menschen ausreichen, um eine solche Blockade wirkungsvoll zu erreichen.

Wir sind motiviert, weiterhin gewaltfrei für unsere Ziele zu kämpfen, ein Kampf, der mittlerweile bereits 20 Jahre dauert. Wir sagen: Nie wieder Krieg – und glauben letztlich, dass die Gerechtigkeit auf unserer Seite ist. Dabei beziehen wir uns auch auf den noch gültigen Artikel 9 unserer Verfassung:



„In aufrichtigem Streben nach einem auf Gerechtigkeit und Ordnung gegründeten internationalen Frieden verzichtet das japanische Volk für alle Zeiten auf den Krieg als ein souveränes Recht der Nation und auf die Androhung oder Ausübung von Gewalt als Mittel zur Beilegung internationaler Streitigkeiten.“

*Demonstration auf Okinawa am 26.4.2015,
Quelle: Natsuki Kiumra, Flickr*

Südkorea: Kampf für eine lebenswerte Umwelt

von Hohyun Choi, Vereinte Volkspartei PUP (Südkorea)

US-Übungsplatz in Maehyangri: Schaden für Mensch und Umwelt



Screenshot aus Video des Vortrages am 9.9.2017 in Kaiserslautern

Der Luftwaffen-Übungsplatz in Maehyangri wurde 1952 eingerichtet. Von da an wurden an 250 Tagen im Jahr bis zu 400-mal täglich Bombardierungsübungen durchgeführt. Die Überbleibsel sind mittlerweile Berge von Bombenmunition. Aus der Zivilbevölkerung kamen 16 Menschen bei Fehlbombardierungen ums Leben.

Eine besondere Schreckensbilanz sind die Gesundheitsschäden durch Lärmbelastigung in dieser Region, die durch Studien erfasst wurden:

- 25% der Einwohner leiden unter Depressionen
- 16% leiden unter Posttraumatischen Belastungsstörungen
- 35% leiden unter Hörschäden

Hinzu kommt die mittlerweile gewaltige Schadstoffbelastung des Bodens. Der Gehalt an Blei liegt 900-fach und der Wert für Cadmium 37-fach über dem Durchschnitt.

Die Proteste erfolgten mit Formen des gewaltlosen Widerstandes durch Platzbesetzungen und Menschenketten. Die große Resonanz in der Bevölkerung führte schließlich auch zu landesweiten Großdemonstrationen. 2005 konnte die Friedensbewegung schließlich einen Erfolg verbuchen, indem der Übungsplatz von der US Army geschlossen wurde.

Viele Aktionsformen gegen die Mega-Militärbasis in Pyeongtaek

In Südkorea sind derzeit noch über 23.000 US-Soldaten stationiert. 2002 wurde von der US-Army angekündigt, das militärische Hauptquartier in Südkorea von Seoul in die bereits vorhandene, 65 km südlich von Seoul gelegene Militärbasis Pyeongtaek zu verlagern. Für den dafür erforderlichen Ausbau mussten mehrere

Dörfer weichen, was zu massivem Widerstand der dort ansässigen Reisbauern führte. Trotz brutaler Einsätze von 15.000 Soldaten und Polizisten mit über 500 Verletzten und ebenso vielen Verhaftungen konnte der Widerstand aber damit nicht gebrochen werden.

Der Widerstand konnte damit aber trotz Hunderte von Verletzten und Festnahmen der Militärgegner nicht gebrochen werden. Die Aktionsformen des Protestes waren vielfältig und zogen sich durch alle Altersgruppen, mit Menschenketten, Kerzenlichtdemos über 835 Tage und „Granny (Oma“)-Protesten. Mit dabei waren auch die Gewerkschaften mit eigenen Demonstrationen. Eine auf dem beschlagnahmten Gelände geschlossene Schule wurde von etwa 1000 Militärgegnern besetzt gehalten und in einem blutigen Polizeieinsatz geräumt. Erst 2008 wurde der Widerstand gewaltsam zerschlagen, ist aber im Bewusstsein der Bevölkerung auch heute noch motivierend für künftige Protestaktionen.



Über acht Jahre hinweg leisteten die Menschen im Ort Gangjeong auf Jeju Island in Südkorea Widerstand gegen den Ausbau einer Militärbasis der südkoreanischen Marine.

Protest gegen die THAAD-Stationierung in Seongju

2016 wurde zwischen den USA und Südkorea die Stationierung des Raketenabwehrsystems THAAD (*Terminal High Altitude Area Defense System*) beschlossen. Für die Friedensbewegung in Südkorea steht fest:

- Das THAAD-System richtet sich gegen China, was auch aus Gegenreaktionen der chinesischen Regierung zu Lasten der Wirtschaft Südkoreas ersichtlich ist.
- Das THAAD-System erhöht auch für Südkorea die Kriegsgefahr, was in großen Teilen der Bevölkerung auch so wahrgenommen wird.
- Ein neuer Rüstungswettlauf in der Asien-Pazifik-Region wird damit vorprogrammiert.

Die Stationierung begann im April 2016, unmittelbar vor den anstehenden Präsidentschaftswahlen am 9. Mai, um bis dahin bereits vollendete Tatsachen zu schaffen.

Der Widerstand gegen die Stationierung in der Bevölkerung hatte auch Einfluss auf den Ausgang der Präsidentschaftswahlen im Mai 2017. Der dabei neu gewählte Präsident Moon Jae-in hatte vor der Wahl die vorgezogene THAAD-Stationierung heftig kritisiert. Zu den Protesten gehörten landesweite Demonstrationen und eine Menschenkette um die Botschaft der USA

Als Stationierungsort wurde ein ehemaliger Golfplatz in einer ländlichen Gegend bei Seongju vorgesehen. Seongju war einst ein buddhistischer Wallfahrtsort für diejenigen, die Frieden und Erleuchtung suchten. Im April 2017 begannen die hierfür erforderlichen Installationen. Diese wurden durch Sitzblockaden von 200 Einheimischen gegen durchfahrende Militärfahrzeuge behindert, wogegen von den Behörden Tausende von Polizisten aufgeboten wurden.



Sitzblockade gegen Militärfahrzeuge in Seongju am 22.4.2017, Quelle: Flickr

Hohyun Choi engagiert sich in Südkorea für die Freilassung aller politischen Gefangenen aus der Zeit der Regierung Park Geun-Hye, insbesondere für Lee Seok-Ki, der als Antikriegsaktivist öffentlich gegen einen US-Angriff auf Nordkorea aufgerufen hatte. Für die solidarische Unterstützung der Menschenrechtsverletzungen in Südkorea gibt es die deutschsprachige Homepage www.freilassunglee.de

Guantánamo: Koloniales Relikt und Foltergefängnis

von Netzwerk Cuba e.V.



Foto: Kathleen T. Rhem / Wikipedia

Der US-amerikanische Marinestützpunkt Guantánamo befindet sich auf einem 117,6 Quadratkilometer großen, seit 1903 besetzten Teil des Kubanischen Staatsgebietes. Seine Grenze zu Kuba hat eine Länge von 27 km. Derzeit sind dort über 6000 US-Militärs und Zivilisten im Einsatz.

Die Anfänge der US-Herrschaft auf Kuba

Im Jahre 1898 hatten die USA der im Niedergang befindlichen Kolonialmacht Spanien den Krieg erklärt. Vorwand dazu war eine Explosion auf einem US-Schiff im Hafen von Havanna, für die Spanien verantwortlich gemacht wurde. Dies gilt als Ausgangspunkt der imperialistischen Expansionspolitik der USA. Mit ihrem Sieg übernahmen sie die letzten Spanien noch verbliebenen Übersee-Territorien, darunter die Inselgruppe Kuba. Dort unterbanden die USA damit gleichzeitig den kurz bevorstehenden Sieg der anticolonialen Befreiungsbewegung und damit eine reale Unabhängigkeit der Insel.

Die USA wurden selbst zur Kolonialmacht. Kuba wurde durch das US-Kapital wirtschaftlich vereinnahmt und dann in eine politische Pseudo-Unabhängigkeit entlassen. 1901 wurde für den Rückzug des US-Militärs vom Kubanischen Territorium die Bedingung gestellt, dass eine vom US-Kongress verabschiedete und von US-Präsident McKinley unterzeichnete Gesetzesänderung (das „Platt-Amend-

ment“) zu einem Bestandteil der Kubanischen Verfassung wurde. Sie gab den USA das Recht, jederzeit nach Belieben in Kuba militärisch zu intervenieren, welches sie auch einige Male in Anspruch nahmen. Damit wurde Kuba praktisch Souveränität und Entscheidungsfreiheit vorenthalten.

Der Vertrag über Guantanamo

Im Februar 1903 wurde ein Abkommen über Kohleverlade- und Marineeinrichtungen zwischen beiden Regierungen unterzeichnet. Zwei Gebiete des Kubanischen Territoriums waren betroffen: Bahía Honda und Guantánamo, doch nur in letzterem wurde ein Marinestützpunkt errichtet.

In Bezug auf Guantánamo und die Politik der USA gibt es noch eine gravierende Anomalie: die Tatsache, dass die Vereinigten Staaten die Bucht auf Kubanischem Hoheitsgebiet seit 1903 besetzt halten und seit weit über 100 Jahren gepachtet haben. Die meisten Pachtverträge sind jedoch befristet, und die Obergrenze beträgt 99 Jahre. Zu erwähnen ist hier, dass die seit 1903 gleichfalls vertraglich abgesichert gewesene US-Besetzung der Panamakanalzone im Jahre 1977, die britische Besetzung Hongkongs 1997 und die portugiesische Besetzung Macaos 1999 endeten. Die Rückgabe vieler Kolonialgebiete und anderer besetzter Territorien an die rechtmäßigen Hoheitsträger und Völker entsprach den Grundsätzen der Selbstbestimmung und Entkolonialisierung nach dem Zweiten Weltkrieg. Im Fall Guantánamo jedoch erheben die Vereinigten Staaten weiterhin den Anspruch auf ein unbefristetes Pachtverhältnis.

Funktionen des Stützpunkts für die USA

Anfang des 20. Jahrhunderts diente Guantánamo noch der „Kanonenboot-Diplomatie“ der USA. Ein Tiefwasserhafen auf Kuba war der imperialistischen Expansionspolitik als Flottenstützpunkt sowie als Spionageposten von Nutzen. Doch haben sich inzwischen die Formen und Techniken der Machtpolitik und Überwachung verändert und der Stützpunkt verliert immer mehr an praktischer Bedeutung. Der militärische Wert von Guantanamo ist heute nur noch gering.

Auf beiden Seiten der Grenze wurden Minengürtel gelegt, die Grenzüberschreitungen jeder Art, von größeren Verbänden auf dem Boden oder auch nur ein Einsickern von Saboteuren fast unmöglich machen.

Vertraglich festgelegt ist, dass die USA der Republik Kuba einen jährlichen Mietbetrag bezahlt, die sich zur Zeit auf ca. 4000 Dollar pro Jahr (weniger als 40 Cent pro Hektar) beläuft, zu bezahlen in jährlichen Schecks, wobei sich Kuba nach der Revolution von 1959 geweigert hat, diese Schecks einzulösen

Der Unterhalt der Militärbasis kostet die US-Steuerzahler jedes Jahr hunderte Millionen US-Dollar. Dies umfasst die Personal-, Ausrüstungs- und Transportkosten. Und seit die Kubaner 1964 als Reaktion auf die Beschlagnahme Kubanischer Fischerboote durch die US-Marine die Wasserzuleitung unterbrochen, muss neben allem anderen selbst Trinkwasser von außerhalb herangeschafft bzw. Frischwasser durch Meerwasserentsalzung kostspielig auf der US-Basis produziert werden.

Der einzige heutige Zweck der weiteren Besetzung der Basis durch die USA ist vor allem symbolischer Natur: Unnachgiebigkeit und Arroganz der Macht werden damit demonstriert und sollen das Kubanische Volk demütigen.



Banner zum 10. Jahrestag des Folterlagers, Foto: Amnesty international / www.amnestyusa.org

Guantánamo als Internierungslager

Das international als Folterlager bezeichnete und verabscheute Camp wurde unter der Bush-Regierung eingerichtet, wurde aber von dessen Nachfolger Obama trotz seiner Wahlversprechen im Jahre 2008 nicht aufgelöst. Anfang 2016 befanden sich von den früher etwa 700 Gefangenen auf dem Höhepunkt der Internierung nach unterschiedlichen Berichten noch etwa 100 Häftlinge unter diesen unzumutbaren Zuständen in Haft.

Eine zentrale Aufgabe der lokalen, der deutschen und der internationalen Solidaritätsbewegung muss derzeit darin bestehen, die Debatte um die Geschichte und Entwicklung der US-Basis sowie die aktuellen Umstände in Guantánamo zu intensivieren. Es gilt, die Anomalität und Ungerechtigkeit der US-Besetzung anzuprangern, und effektiv dazu beizutragen, dass die berechnete Kubanische Forderung nach Rückgabe umgesetzt wird.

weitere Infos: www.netzwerk-cuba.de

Ausländische Militärbasen als Quelle sexueller Ausbeutung

von Sian Jones, Women in Black (Großbritannien)

Frauen haben vielfältige Beziehungen zum Militär: sie kommandieren Regimenter, verpflichten sich als Soldatinnen, arbeiten in der Waffenindustrie, reinigen Küchen und Toiletten der Militärbasen - oder sie opponieren gegen das Militär in Protest- und Friedenscamps. Einige Frauen haben keine Wahl bezüglich ihrer Beziehung zum Militär: sie werden getötet, verletzt, aus ihren Häusern vertrieben und in bewaffneten Konflikten durch den Tod beraubt. Andere werden eingezogen, manchmal "freiwillig", aber sehr oft unter Zwang, um sexuelle Dienste für das männliche Personal des Militärs zu leisten. Viele dieser Frauen und Mädchen werden zum Zwecke der erzwungenen Prostitution gehandelt.

Der Konflikt im ehemaligen Jugoslawien führte 1995 zur Anwesenheit von 30.000 NATO-Angehörigen in Bosnien-Herzegowina und ein paar Jahre später waren 40.000 im Kosovo. Um diesen Männern zu dienen, wurde in diesen Ländern und in Mazedonien (wo NATO und Freizeiteinrichtungen sind) durch Zwangshandel eine ausgedehnte Sexindustrie aufgebaut.

Wo die Infrastruktur zerstört ist, massive Arbeitslosigkeit herrscht und die Wirtschaft kaum funktioniert, liefert der illegale Handel sowohl der organisierten Kriminalität als auch "*unternehmerischen Einzelpersonen*" einen einfachen Weg, um in die "*freie Marktwirtschaft*" einzusteigen. Die NATO erzeugt die Nachfrage: es wird geschätzt, dass Mitglieder der NATO-Streitkräfte auf dem Balkan allein zwischen 24. März und 10. Juni 1999 für 40 Millionen US-Dollar pro Monat Einkäufe getätigt haben.

Sowohl in Bosnien als auch im Kosovo waren einzelne Soldaten, zusammen mit NATO-Unternehmern und UN-Polizei, aktiv in den Handel involviert, indem sie gehandelte Frauen und Mädchen an den Grenzen im Empfang nahmen, sie in die Militärbasen schmuggelten und als Zuhälter fungierten. Jahrelang ignorierte die NATO diese Vorgänge. Man nahm an, dass die Übeltäter nur eine Hand voll *fauler Äpfel* seien. Diese Komplizenschaft ging im Jahre 2002 so weit, dass eine Untersuchung durch NATO-Personal hinsichtlich des Missbrauchs ukrainischer und russischer Frauen durch russische Soldaten, die auch der Verwicklung in den Handel verdächtig waren, veranlasst wurde. Die Untersuchung wurde dann aber eingestellt, um das Verhältnis der NATO mit Russland nicht zu belasten.

Sexuelle Ausbeutung – nur ein Sicherheitsproblem?

Die USA versuchten – vielleicht aufgrund ihres Registers hinsichtlich sexueller Ausbeutung in anderen Ländern – die Verwicklung ihrer Streitkräfte in den Handel und die Ausbeutung gehandelter Frauen und Mädchen in Bosnien und Kosovo zu verhindern. Es war dem US-Personal verboten, die Militärbasis zu verlassen, außer für offizielle Aufgaben. Das verhinderte jedoch weder, dass Frauen in die Militärbasen geschmuggelt wurden, noch, dass sich eine auf illegalem Handel basierende Sexindustrie in Ferizaj entwickelte, einer Stadt im Kosovo, nur unweit von Bondsteel, der damals größten US-Militärbasis in Südosteuropa.

Bei dem NATO-Gipfel in Istanbul im Jahre 2004 wurde eine *Erklärung gegen Menschenhandel* verabschiedet, die Menschenhandel als Verletzung der Menschenrechte und als "*heutigen Sklavenhandel, der Korruption und organisiertes Verbrechen schürt*" beschreibt. Für die NATO ist der Handel jedoch hauptsächlich ein Sicherheitsthema. Deshalb ließ die Erklärung weiterhin vermuten, dass sie das Potential habe, "*schwache Regierungen zu destabilisieren*". Während erkannt wurde, dass NATO-Streitkräfte ein Teil des Problem sind und "*Normen für das Verhalten der Einzelnen gesichert werden*", wird es NATO-Streitkräften nicht explizit verboten, sich in illegalem Menschenhandel zu engagieren oder diesen zu erleichtern oder Sex mit gehandelten Frauen zu haben.

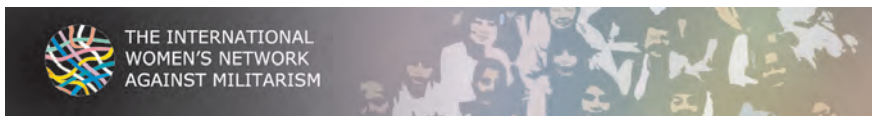
Theoretisch erhalten alle NATO-Streitkräfte ein mentales Training hinsichtlich "*des Problems des illegalen Handels und der Auswirkungen, die dieser heutige Sklavenhandel auf Menschenrechte, Stabilität und Sicherheit hat*". Sie bekommen Richtlinien, die die Beteiligung an dem Menschenhandel verbieten. Im Kosovo durften sie keine Clubs und Bars besuchen, wo Frauen zwangsweise arbeiteten. In der Praxis hat diese Erklärung jedoch versagt, da es jedem NATO-Mitgliedsstaat freigestellt ist, sie nach ihrem Gutdünken anzuwenden. Während ein oder zwei NATO-Staaten ihre in illegalem Menschenhandel involvierten Soldaten bestraft haben, bedeutet die an NATO-Streitkräfte erteilte Immunität vor Strafverfolgung, dass keinem verdächtigen NATO-Menschenhändler jemals der Prozess gemacht wurde.

Für feministische Antimilitaristen schließt die Opposition gegen die NATO Vorschläge für Alternativen zur militärischen Sicherheit ein. Reale Sicherheit bedeutet, dass Frauen und Mädchen ohne Gewalt, ohne Nötigung leben können und ohne die Armut, die sie in die Hände der illegalen Händler treibt. Die NATO sollte endlich anfangen, ihre offizielle Politik gegen Menschenhandel ernst zu nehmen und reale Sicherheit für Frauen bieten.

*Originalbeitrag in : https://www.wri-irg.org/sites/default/files/public_files/br81-en.pdf
Der Beitrag von Sian Jones von Women in Black“ wurde bereits 2009 verfasst.*

Frauen Netzwerk: Sprachliche Entkolonialisierung der Solidarität

Texte von „The International Women’s Network against Militarism“



Solidarität überwindet sprachliche und kulturelle Schranken

Wir unterhalten dieses Netzwerk seit 18 Jahren über große geografische Distanzen sowie sprachliche, historische und kulturelle Barrieren hinweg. Von Anfang an haben wir uns entschieden, nicht nur in Englisch bei internationalen Meetings zu arbeiten, da viele weibliche Aktivistinnen im asiatisch-pazifischen Raum, die Spitzenarbeit leisten, nicht fließend Englisch sprechen. Zurzeit verwendet das Netzwerk fünf Sprachen: Englisch, Japanisch, Koreanisch, Spanisch und Tagalog [die auf den Philippinen am weitesten verbreitete Sprache]. Wir haben eine Reihe engagierter Dolmetscher, die ein Wörterbuch mit über 400 Begriffen zusammengestellt haben, um eine präzise und konsistente Übersetzung zu ermöglichen. Aber wir sind uns bewusst, dass die sprachliche Interpretation ein langwieriger Lernprozess ist, der auch viel Geduld und Konzentration erfordert.

Andere Formen zur Entkolonialisierung der Solidarität sind der weltanschauliche Austausch und der Aufbau persönlicher Beziehungen unter den Teilnehmern bei unseren Treffen. Wir besuchen Militärstützpunkte, Kriegsdenkmäler und andere militärische Stätten als Wallfahrtsorte und als Orte der Erinnerung, die uns helfen, Erinnerungen an den Kolonialismus sowie die Traumata von Militarismus und Krieg an eine breite Öffentlichkeit zu bringen.

Angesichts der historischen, politischen und wirtschaftlichen Ungleichheiten zwischen den Frauen im Netzwerk ist es wichtig, die Komplexität unserer vielfältigen Standorte in der Welt zu erklären und Klischees abzulegen. Dazu gehört zum Beispiel erklärt das Wissen über die Rekrutierung von Soldat*innen in den USA vor dem Hintergrund sozialer Ungleichheit ebenso wie über militärische Ausbildung und Sozialisierung in den Regionen des asiatisch-pazifischen Raums.

Viele Frauen im Netzwerk verkörpern kulturell und spirituell indigene und postkoloniale Überzeugungen. Diese werden bei unseren Treffen durch Erzählungen, Poesie, Kunst und Tanz eingebracht, um damit solidarische Engagement auszudrücken und zu beflügeln.

Vielfältige persönliche Hintergründe

Viele unserer Mitglieder engagierten sich gegen Militarismus und Gewalt gegenüber Frauen, für wirtschaftliche Sicherheit oder ökologische Nachhaltigkeit, bevor sie sich zu einem Netzwerk zusammenschlossen. Sie waren aktiv z.B. in der Demokratie-Bewegung auf den Philippinen, in der Bewegung „Nuclear Free and Independent Pacific“ und in feministisch/anti-militaristischen Bewegungen in Großbritannien, Japan, Korea, Okinawa, den Philippinen und den USA.

Die älteren Gründungsfrauen des Netzwerkes können auf vielfältige Aktivitäten in ihrem jeweiligen Land zurück blicken. Beispiele hierfür sind:

- Durebang (My Sister's Place) in Südkorea, als Zentrum für Frauen, die an US-Militärbasen arbeiten (Gründung 1986)
- Nationale Kampagne zur Bekämpfung der Kriminalität durch US-Truppen in Korea (Gründung 1993)
- Buklod Center in Olongapo (Philippinen) als Anlaufstelle für Frauen, die an der Subic Bay Naval Base, WEDPRO, arbeiten (Gründung 1987)

Zu den Gründungsfrauen traten fortlaufend neue Mitglieder hinzu, so Frauen aus Puerto Rico (2000), Hawaii (2004), Guahan [Guam] (2007) sowie den Marshallinseln, Palau und Australien (2009). Auf diese Weise ist das Netzwerk gewachsen, während es gleichzeitig einen soliden Kern an gemeinsamen Informationen und Erfahrungen aufrechterhält und die Beziehungen vertieft. Bestandteil unserer Arbeit ist auch die Entwicklung einer funktionierenden Organisationsform. Dieses erfolgt mittlerweile über lokal zusammenarbeitende Ländergruppen, die auch als Gastgeber unserer internationalen Treffen fungieren.

Quellen: www.iwnam.org



„Grannies“ in Südkorea gegen die THAAD-Stationierung, Quelle: Screenshot aus Reuters-Video

Zivilgesellschaftliche Visionen brauchen Kristallisationspunkte

von Karl-Heinz Peil, Friedens- und Zukunftswerkstatt e.V.

Protest gegen Militärbasen ist inhaltlich sehr vielfältig

Die Auswahl der in dieser Broschüre erfolgenden Darstellungen von Widerstandsbewegungen gegen ausländische Militärbasen zeigt ein breites Spektrum an Motiven, die diesen Bewegungen zugrunde liegen.

- Air Base Ramstein: schwerpunktmäßig wegen der völkerrechtswidrigen Nutzung als Relaisstation für den US-Drohnenkrieg, aber auch wegen der direkten Bedrohung durch das NATO-AirCom für Raketenabwehr und der Forderung nach Konversion einer militarisierten Region
- Sizilien: No MUOS gegen signifikante Gesundheitsschäden durch starke elektromagnetische Strahlung des Satellitenkommunikationssystems und den Ausbau der militärischen Infrastruktur, von denen auch die dortige Mafia profitiert
- Menwith Hill in Großbritannien und Esrange in Schweden: Abhörstationen für illegale Datenspionage
- Esrange in Schweden und Shannon Airport in Irland: Der Kampf für (noch) vorhandene staatliche Neutralität als Waffe gegen Militarisierung und schleichende NATO-Vereinnahmung
- Militärbasis Henoko auf Okinawa: vor allem massive Umweltschäden durch Start- und Landebahnen in einer noch intakten Küstenregion, aber auch der landesweite Protest gegen Freibriefe von US-Militärangehörigen bei kriminellen Delikten wie z.B. Vergewaltigungen
- THAAD in Südkorea: Vor dem Hintergrund früherer Proteste gegen Landenteignung und akute Gefährdungen der Zivilbevölkerung an anderer Stelle erfolgt der Protest in Seongju gegen die hiervon ausgehende Kriegsgefahr, aber auch gegen Umweltbelastungen.
- Guantanamo: Foltergefängnis als Symbol systematischer Menschenrechtsverletzungen der US-Politik

Allerdings gibt es gerade in Deutschland diesbezüglich viel Entwicklungspotential für eine meistens noch auf sich allein gestellte Friedensbewegung, die deutlich hinter der Stärke anderer zivilgesellschaftlicher Bewegungen hinterher hinkt.

Visionen beginnen immer als Utopie

In Deutschland ging es bei dem Kampf gegen die Air Base Ramstein anfangs um die Empörung gegen deren völkerrechtswidrige Nutzung für den US-Drohnenkrieg. Zunehmend rücken aber Grundsatzfragen in den Vordergrund, die sich vor allem bei Militärbasen ergeben: Wie wollen wir künftig leben? Wollen wir weiterhin in Abhängigkeit bleiben von (zivilen) Arbeitsplätzen, an denen Blut klebt, und eine die Gesundheit belastende Umwelt mit einem undefinierten Schadstoffcocktail in Luft, Boden und Grundwasser sowie Lärmbelastungen durch Flugverkehr als Kollateralschaden akzeptieren? Oder stellen wir uns etwas vor, was heute noch utopisch erscheinen mag: die Konversion einer Militärregion zu einem entmilitarisierten Gebiet mit zivilen Arbeitsplätzen und einer regenerierten Umwelt? Wozu im Fall der Air Base Ramstein auch ein kleines Museum über den dann in vergangener Zeit geführten Drohnenkrieg gehören würde, wie Otto Jäckel am Ende seines Beitrages vorgeschlagen hat.

Militärbasen sind deshalb nicht nur ein Thema für die Friedensbewegung, sondern für die gesamte Breite zivilgesellschaftlicher Forderungen. Während dabei die Friedensbewegung bisher ihre Rolle meistens nur in Abwehrkämpfen gegen weitere Aufrüstung, Militarisierung und Kriegspropaganda sieht, sind bei anderen zivilgesellschaftlichen Bewegungen die Visionen und konkreten Ziele meistens viel greifbarer.

Machen wir uns deshalb die Worte von Dave Webb zu eigen (siehe Seite 15), der von einer parallelen Bedrohung für die gesamte Existenz der Menschheit durch globale Kriege und Klimawandel spricht. Mit den dramatisch wachsenden Gefahren wächst auch das Bewusstsein für eine global vernetzte Gegenwehr.

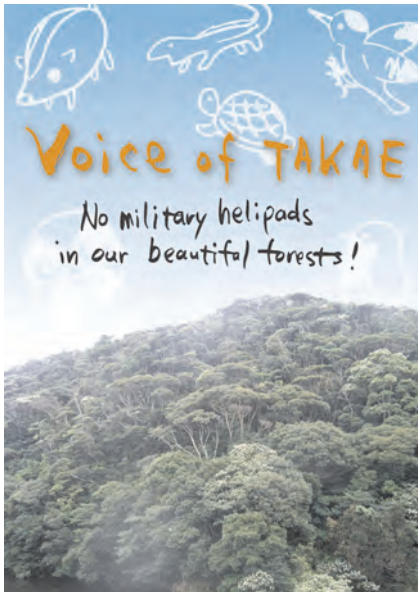


„Hubschrauber zu Windräder“

Diese Forderung stand bereits im April 2011 auf einem Flyer der Ansbacher Bürgerinitiative „Etz langt's!“. Das in Mittelwestfranken ansässige US-Militär wird darin nicht nur als Klimakiller Nr. 1 der Region, sondern als Hemmschuh für eine positive ökologische und wirtschaftliche Entwicklung der Region dargestellt.

Schubkraft durch internationale Vernetzung

Bezüglich des Klimawandels tritt die Zivilgesellschaft international vernetzt gut in Erscheinung, wie z.B. bei der Weltklimakonferenz Anfang November 2017 in Bonn (COP23). Mit dieser Konferenz und den begleitenden zivilgesellschaftlichen Aktionen wurde die deutsche Politik als unglauwbüdig an den Pranger gestellt. Eine gute Projektionsfläche war in diesem Fall die Nähe des Tagungsortes zum Abbau-revier für Braunkohle bei Gatzweiler.



„No Helipad Takae Resident Society“ (Okinawa),
Quelle: www.nohelipadtakae.org

In gleicher Weise bedarf es für die Friedensbewegung bestimmter Projektionsflächen. Die jährlichen NATO-Tagungen bieten dafür eine gute Basis, jedoch abhängig vom Tagungsort. 2009 in Strassburg und 2017 in Brüssel gab es starke Protestaktionen. Ebenso wie für die Umweltbewegung in Deutschland die Braunkohlereviere bei Gatzweiler und in der Lausitz als ständige Projektionsfläche den Widerstand mobilisieren, kann der Widerstand gegen Militärbasen national und international beflügeln. So erfolgte im Rahmen der Ramstein-Aktionstage 2017 auch eine Exkursion zum Fliegerhorst Büchel. Auch die jährlichen Aktionen vor anderen Militärbasen wie bei Kalkar oder dem EUCOM / AFRICOM anlässlich der Ostermärsche in Stuttgart können damit aufgewertet werden.

Für international koordinierte Zusammenarbeit sind Kongresse wie der am 8. und 9. September in Kaiserslautern unverzichtbar, um den gewünschten Multiplikatoreffekt zu erreichen. Der Motivationsschub hieraus entsteht durch die Kenntnis und das Verständnis ähnlich gelagerter Kämpfe in anderen Teilen der Welt und die daraus erwachsene Solidarität über kulturelle, weltanschauliche und historisch gewachsene Unterschiede hinweg.

Widerstand gegen Militärbasen

Weltweite Militärbasen sind das Rückgrat einer globalen Kriegsführung. Die USA sind heute die einzige Nation der Welt, die große Kontingente ihrer Streitkräfte und ihres Kriegsmaterials - einschließlich von Atombomben - in den Ländern anderer Völker unterhalten.

Mittlerweile hat kein Land der Erde so viele fremde Soldaten, familiäre Angehörige und zivile Dienstleister für das Militär auf eigenem Territorium wie Deutschland. Diese sind vor allem in der Großregion Kaiserslautern konzentriert.

Deshalb war ein zentraler Bestandteil der Aktionstage 2017 von "Stopp Air Base Ramstein" ein internationaler Kongress über Militärbasen. Von der gut besuchten Veranstaltung gingen wichtige Impulse aus, die zu einer neuen Vernetzung des bereits langjährig vorhandenen weltweiten Widerstandes gegen Militärbasen führen werden.

Der vorliegende Sammelband enthält sowohl Beiträge von dem Kongress selbst, wie auch weitere Materialien, die sehr anschaulich die weltweite Vielfalt des Widerstandes zeigen.